

## SOZIOÖKONOMISCHE LAGE IN DEUTSCHLAND WÄHREND DER BESATZUNGSZEIT\*

### İŞGAL DÖNEMİ ALMANYASI'NDA SOSYO-EKONOMİK DURUM

Oğuzhan EKİNCİ\*\*

#### Makale Bilgisi

Başvuru: 17 Şubat 2023  
Kabul: 8 Mart 2023

#### Article Info

Received: February, 17, 2023  
Accepted: March, 8, 2023

#### Zusammenfassung

*Infolge der am 8. Mai 1945 unterzeichneten Kapitulation wurde der Nationalsozialismus gestürzt und Deutschland von den Alliierten besetzt. Die sogenannte Nullstunde, die das Ende des Zweiten Weltkriegs und den Beginn eines neuen Nicht-Nazi-Deutschlands markierte, bedeutete für die besiegten Deutschen eher den Beginn des Niedergangs als die Befreiung. Für die Bevölkerung des Nachkriegsdeutschland lag die dringlichste, existentielle Aufgabe in der Bewältigung des Alltags und für die Politik stellte sich die Frage nach Bedingungen und Möglichkeiten einer staatlichen Fortexistenz Deutschlands. Daher stellt die Zeitspanne von 1945 bis 1949 in der Entwicklung zur Bundesrepublik eine historische Epoche dar, in der sich die Grundlagen der deutschen Politik, des deutschen Staatlebens, des Denken und Tuns und der politischen Sinnggebung sui generis sich von Grund auf verändern. Die vorliegende Arbeit hat es sich zur Aufgabe gemacht, die durch die unmittelbaren Kriegsfolgen geprägte Phase der Nachkriegszeit der deutschen Geschichte von den Jahren der Staatlichkeit zu unterscheiden und die sozio-politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in dieser Zeitspanne zu durchleuchten.*

**Schlüsselwörter:** Nachkriegsdeutschland, Alliierten, Besatzungszeit, Sozioökonomische Lage.

#### Öz

*8 Mayıs 1945 tarihinde imzalanan kapitülasyonla birlikte Nasyonal-Sosyalizm yıkıldı ve Almanya, Müttefikler tarafından işgal edildi. Yeni bir Almanya'nın doğuşuna işaret eden ve sifir saati olarak tabir edilen bu tarih, mağlup Almanlar için*

\* Der vorliegende Text basiert auf meiner im Jahre 2017 angefertigten Doktorarbeit.

\*\* a.o. Prof. Dr., Technische Universität zu Erzurum, Philosophische Fakultät, Fachbereich Psychologie; oguzhan.ekinci@erzurum.edu.tr; ORCID: 0000-0002-1872-2496; Erzurum-Türkei.

*kurtuluştan ziyade düşüşün başlangıcı anlamına gelmekteydi. Zira dört yıl sürecek olan işgal yıllarında Alman halkı varoluşsal açıdan gündelik yaşamın zorluklarıyla mücadele ederken; siyasetçiler Almanya'nın bir devlet olarak varlığını sürdürebilmesinin koşul ve imkânlarını sağlamaya çalışıyorlardı. Bu bağlamda son ile başlangıç arasındaki süreci temsil eden 1945-1949 yılları arası Alman siyasetinin, devlet hayatının, düşünce ve eylem dünyasının temellerinin atıldığı ve siyasi anlamın kendine özgü bir şekilde kökten dönüştüğü bir dönem olması bakımından Federal Almanya Cumhuriyeti tarihi açısından son derece önemlidir. Bu çalışmanın amacı, Alman tarihinin savaş sonrası dönemini devlet yıllarından ayırarak savaşın dolaysız sonuçlarıyla şekillenen işgal yıllarındaki sosyo-politik ve ekonomik gelişmeleri incelemektir.*

**Anahtar Kelimeler:** Savaş Sonrası Almanya, Müttefikler, İşgal Dönemi, Sosyo-ekonomik Durum.

### **Einführung**

Es ist in der Fachwissenschaft ein allgemeines Faktum, dass die Bundesrepublik als Folge des Zweiten Weltkrieges (und des Kalten Krieges) entstand und ihre Gründung sowie Sicherheit an die internationalen Rahmenbedingungen gebunden war.<sup>1</sup> Nach gewaltsamer Ausbreitung endete der Zweite Weltkrieg mit der Niederlage Deutschlands. Mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 verlor Deutschland seine Souveränität und die deutsche Bevölkerung sah sich über Nacht mit dem Zusammenbruch einer politischen und gesellschaftlichen Ordnung konfrontiert. Als ehemalige Besatzungsmacht wurde Deutschland von den Alliierten besetzt.<sup>2</sup> Mit der *Berliner Erklärung* vom 5. Juni 1945 übernahmen die Alliierten (USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion) offiziell die oberste Regierungsgewalt in Deutschland.<sup>3</sup> Die Zerschlagung des deutschen Nationalstaates bedeutete zugleich ein deutsches Volk mit ungewisser Zukunft.<sup>4</sup> So einen Sturz hatte keine moderne Industrienation bisher erlitten.<sup>5</sup> Dieser Zusammenbruch, der

<sup>1</sup> Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989*, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1989, S. IX.

<sup>2</sup> Hartmut Kaelble, „Boom und gesellschaftlicher Wandel 1948-1973: Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich“, in: *Der Boom 1948-1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa (219-247)*, Westdeutscher Verlag, Opladen 1992, S. 230.

<sup>3</sup> Peter März, *Dokumente zu Deutschland 1944-1994*, Olzog Verlag, München 2004, S. 76.

<sup>4</sup> Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München 1989, S. 18.

<sup>5</sup> Wolfgang Rudzio, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, (6. Aufl.), Springer Fachmedien, Wiesbaden 2003, S. 13.

auch nie zuvor in der Geschichte der Deutschen erlebt wurde<sup>6</sup>, führte zur totalen Apathie und Fassungslosigkeit. Alles was lange als wertvoll erschien, war zusammengebrochen.<sup>7</sup> Die Deutschen lebten in einer „Zusammenbruchsgesellschaft“.<sup>8</sup> Das Land lag in Trümmern<sup>9</sup> und Ruinen<sup>10</sup>, Gedränge in zerstörten Häusern und Städten. In allen Besatzungszonen erforderte es einen Neuanfang in allen Bereichen des gesellschaftspolitischen Lebens.<sup>11</sup> Wer sich damals Gedanken über die Wiederherstellung machte, der musste vom Nullpunkt ausgehen.<sup>12</sup> Das Hauptziel des Denkens und Handelns der meisten Deutschen in dieser Zeit war die Bewältigung alltäglicher Probleme: die Sorge um das nackte Überleben, also um Wohnung, Nahrungsmittel, Heizmaterialien und Arbeitsplatz.<sup>13</sup>

Das Hauptziel nach diesem katastrophalen Krieg, der Millionen Opfer gefordert und Städte, Landstriche und Nationen in Europa und auf dem Balkan verwüstet hatte, war der Wiederaufbau. Viel umfassender als 1918 mussten eine neue Welt sowie Sinngebote anstelle der alten aufgebaut werden.<sup>14</sup> Der Wiederaufbau Deutschlands wurde zur Kardinalfrage Europas nicht nur im geopolitischen Rahmen des deutschen Territoriums, sondern auch im

---

<sup>6</sup> Walter Bußmann, Günter Grüntmühl (Hg.), *Siegfried A. Kaehler. Briefe 1900-1963*, Boldt Verlag, Boppard 1993, S. 290-291.

<sup>7</sup> Echternkamp, *Die Bundesrepublik Deutschland*, S. 18.

<sup>8</sup> Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, (5. Aufl.), Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 1991, S. 37.

<sup>9</sup> Als Vorsitzender der CDU hielt Konrad Adenauer in der Aula der Universität zu Köln am 24. März 1946 eine Rede. Adenauer sprach über die Zerstörung mit diesen Worten: „Als ich heute Vormittag von Deutz in die Stadt einfuhr, war es mir wie immer: es legte sich wie würgend auf mich dieses Bild unserer armen, geschändeten Stadt.“ Rede des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, in der Aula der Universität zu Köln: Vgl. <http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Reden/1946-03-24-Rede-Uni-Koeln.pdf>

<sup>10</sup> Beim Anblick Berlins notierte der Schweizer Schriftsteller Max Frisch noch Ende des Jahres 1947 in seinem Tagebuch: „Ein Hügelland von Backstein, darunter die Verschütteten, darüber die glimmenden Sterne, das Letzte, was sich da rührt, sind die Ratten“. Vgl. Gallus, S. 39.

<sup>11</sup> Hartmut Mehringer, Michael Schwartz, Hermann Wentker (Hg.), *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945/46)*, Oldenbourg Verlag, München 1998, S. 2-3.

<sup>12</sup> Hans Maier, „Die Union - eine Nova am Parteienhimmel“, in: Hans Zehetmair (Hrsg.), *Politik aus christlicher Verantwortung (ss. 73-81)*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 73.

<sup>13</sup> Arno Klönne, „Die unmittelbaren Nachkriegsjahre (1945-1949)“, in: Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945 (ss.39-51)*, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2008, S. 41.

<sup>14</sup> Edgar Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, (2. Aufl.), Vandenhoeck&Ruprecht, Göttingen 2002, S. 59.

Rahmen der internationalen Politik.<sup>15</sup> Die Alliierten standen vor der Aufgabe sowohl die innere Ordnung als auch die Wiedereingliederung des künftigen Staates in die Gemeinschaft der Völker so zu gestalten, dass von ihm aus keine Gefährdung der internationalen Ordnung ausgehen konnte. Angesichts der bald zutage tretenden Spannungen zwischen den neuen Vormächten der Weltpolitik<sup>16</sup>, wurde die *Deutsche Frage* zu einem zentralen und dauerhaften Konfliktgegenstand<sup>17</sup> der Nachkriegszeit.<sup>18</sup> Die Gestaltung Deutschlands und Europas war in höchstem Maße vom Verhalten der beiden Großmächte abhängig und die Verhandlungen über Deutschlands entwickelten sich zu einem zentralen Schauplatz, auf dem die beiden Großmächte ihr Verhältnis erprobten.<sup>19</sup>

## 1. Sozialpolitische Herausforderungen

### 1.1. Der Hunger

Auf dem deutlich verkleinerten deutschen Territorium lebte nun eine beträchtlich vergrößerte Bevölkerung.<sup>20</sup> Dies steigerte die Versorgungsprobleme und die Wohnungsnot: Großstädte wie Berlin hatten mehr als die Hälfte ihres Wohnraums verloren, andere wie Köln oder Dortmund noch mehr.<sup>21</sup>

Der Hunger gefährdete nicht nur den wirtschaftlichen Neuaufbau, sondern auch die Legitimität einer möglichen parlamentarischen Demokratie, die in diesem Moment noch in den Kinderschuhen steckte. Die Besetzungsverwaltungen der westlichen Alliierten mussten daher die Lebensmittelversorgung verbessern.<sup>22</sup> Die Krisen der Winter 1945/46 und

<sup>15</sup> Fritz René Allemann, *Bonn ist nicht Weimar*, Kiepenhauer & Witsch, Köln/Berlin 1956, S. 42.

<sup>16</sup> Bei dieser Auseinandersetzung sollte es um die Rigorosität aus dem gegensätzlichen ideologischen Anspruch auf die Gestaltung von "Freiheit" und "Demokratie" gehen.

<sup>17</sup> Wilfried Loth, „Die deutsche Frage als europäisches Problem“, in: Dieter Tiemann (Hg.), *Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert als west- und osteuropäisches Problem* (ss. 1-20), Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1994, S. 14-17.

<sup>18</sup> Anselm Doering-Manteuffel, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949-1963*, Wissenschaftliche Buchgesell., Darmstadt 1983, S.7.

<sup>19</sup> Matthias Uhl, *Die Teilung Deutschlands. Niederlage, Ost-West-Spaltung und Wiederaufbau 1945-1949*, be.bra Verlag, Berlin- Brandenburg 2009, S. 9.

<sup>20</sup> Während 1939 noch 59,8 Millionen Menschen auf diesem Territorium lebten, stieg diese Zahl 1946 auf 65,9 Millionen.

<sup>21</sup> Vgl. Gallus, S. 40.

<sup>22</sup> Paul Erker, *Ernährungskrise und Nachkriegsdeutschland*, Clett-Cotta Verlag, Stuttgart 1990, S. 23-63; Paul Erker, „Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit“, Manfred Gallus, Heinrich Volkmann (Hg.), *Der Kampf um das tägliche Brot* (ss. 392-408), VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 1994.

1946/47 verschärften die Situation. Die Kriegsernährungswirtschaft, die am 27.08.1939 eintraf, zog sich in die Länge und dauerte bis zur Währungsreform.<sup>23</sup> Dazu kam noch, dass die letzten Kriegsjahre und die ersten drei Nachkriegsjahre von einer weltweiten Ernährungskrise<sup>24</sup> geprägt waren, die sowohl enorme wirtschaftspolitische und kulturelle Auswirkungen zeigte.<sup>25</sup> Die Nahrungsknappheit verursachte in Deutschland und anderen europäischen Ländern große Not und Hunger. Vor allem amerikanische Besatzungspolitiker versuchten mit verstärkten Lebensmittelimporten, Währungsreformen und dem Marshall-Plan<sup>26</sup> diese Ernährungskrise zu überwinden.<sup>27</sup> Daher bestand die Politik in dieser Zeitspanne in erster Linie aus einer „Magenfrage“.<sup>28</sup>

Die Versorgungslage war auf dem Land besser als in den zerbombten Städten. Im privaten Bereich waren es vor allem die Frauen, die durch ihre Ernährungsarbeit das Überleben in den Familien sicherten.<sup>29</sup> Es herrschte zum Teil die nackte Not angesichts der schlechten Ernährungssituation. Zwischen 1946 und 1948 fanden auf den Straßen wiederholt offene Hungerdemonstrationen statt. Auf der anderen Seite profitierte eine Minderheit vom aufblühenden Schwarzmarkt einer Tauschhandels-gesellschaft, die erst mit der Währungsreform im Jahr 1948 an ein Ende gelangte.<sup>30</sup> Die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher konnten die wichtigsten Grundnahrungsmittel nur über Lebensmittelkarten in vorgeschriebener Menge einkaufen.<sup>31</sup> Die Normalverbraucherration für 1945/46 war circa 1250 Kalorien.<sup>32</sup> Diese Menge reichte kaum zum Überleben, fast alle Menschen waren chronisch unterernährt.<sup>33</sup> Deshalb

---

<sup>23</sup> Sigrid Jakobeit, *Die Grundbedürfnisse Ernährung und Kleidung im Alltag des deutschen Volkes*, Humboldt Univ., Berlin 1990, S. 153-154.

<sup>24</sup> Für die Zahlen der Weltproduktion an Nahrungsmitteln siehe in Hans Schlange Schöninggen, *Im Schatten des Hungers: Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945-1949*, Parey Verlag, Berlin 1955, S. 305-310.

<sup>25</sup> Vgl. Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 27.

<sup>26</sup> Im Rahmen des GARIOA-Programms und der Marshall-Plan wurden Care-Pakete als Hilfsmaßnahmen auch für Deutschland auf organisiert.

<sup>27</sup> Vgl. Erker, *Ernährungskrise*, S. 16.

<sup>28</sup> Echternkamp, *Die Bundesrepublik Deutschland*, S. 29.

<sup>29</sup> Elke Eidam, *Die Arbeit gegen den Hunger. Ernährungskultur und weibliche Lebenszusammenhänge in einer hessischen Landgemeinde während der Kriegs- und Nachkriegszeit*, LIT Verlag, Münster 2004, S. 116.

<sup>30</sup> Vgl. Gallus, S. 40.

<sup>31</sup> Vgl. Eidam, *Die Arbeit gegen den Hunger*, S. 117.

<sup>32</sup> Vgl. Schlange-Schöninggen, *Im Schatten*, S. 309.

<sup>33</sup> „In Berlin erhielten Schwerarbeiter beispielsweise unmittelbar nach Kriegsende täglich 600 Gramm Brot. 1.00 Gramm Fleisch, 80 Gramm Nahrungsmittel sowie 25 Gramm Zucker. Zusätzlich gab es pro Monat 100 Gramm Kaffee, 100 Gramm Ersatzkaffee und 25 Gramm Tee. Angestellte

waren die Menschen gezwungen, zu improvisieren. Viele von ihnen bauten in Gärten, Parks und sogar auf Balkonen, Obst und Gemüse an. Um ihre letzten Habseligkeiten gegen etwas Essbares einzutauschen, fuhren sie an den Wochenenden mit überfüllten Zügen aufs Land. Diejenigen die solche Hamsterfahrten nicht unternehmen konnten, mussten Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt zu stark überhöhten Preisen kaufen. Im Juli 1945 mussten bzw. für ein Pfund Butter 1000 Reichsmark, für 500 Gramm Zucker 175 Reichsmark, für 500 gr. Kaffee 600 Reichsmark bezahlt werden.<sup>34</sup>

Die Mangelwirtschaft forcierte die Kleinkriminalität. An der Spitze der Straftatenstatistik standen Eigentumsdelikte. Es handelte sich größtenteils um Beschaffungskriminalität, zumeist das „Organisieren“ von Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Hausrat und Kleidung. Wegen der geringen Bestrafung, waren vor allem Jugendliche bei der Ausübung dieser Straftaten sehr aktiv, aber mit zunehmender Verbesserung der Versorgungslage nahm auch die Jugendkriminalität wieder ab.<sup>35</sup> Angesichts der Notlage stimmte der Kölner Kardinal Josef Frings in einer Predigt am 31. Dezember 1946 in der Kirche St. Engelbert der illegalen Beschaffung von Heizmaterial und Nahrungsmitteln für den eigenen Bedarf zu.<sup>36</sup> Daher hieß im Volksmund der Kohlenklau „Fringsen“.<sup>37</sup>

Neben den durch die Besatzungsmächte gelenkten Wirtschaftsprozessen entstand eine zweite Ökonomie zwischen umfangreichen Schleichhandel und Schwarzmarkt.<sup>38</sup> Schwarzmarktgeschäfte und Hamsterfahrten gehörten zu den besonderen Erfahrungen der Nachkriegsgesellschaft. Während „Schieber“ und „Wucherer“ hart bestraft wurden, blieben kleine

---

mussten sich mit deutlich weniger zufrieden geben, die Rationen für Kinder. Alte und Kranke waren sogar noch geringer. Diese Menge reichte kaum zum Überleben. Fast alle Menschen waren chronisch unterernährt. 1946 musste man in der französischen Besatzungszone beispielsweise pro Tag mit 900 Kalorien auskommen -was nach heutigen Maßstäben etwa einem Big Mac und einer Tüte Pommes Frites entspricht. In der britischen Zone gab es täglich 1050 Kalorien, in der SBZ 1080 und in der amerikanischen Besatzungszone 1330.“ Vgl. Uhl, *Die Teilung Deutschlands*, S. 49.

<sup>34</sup> Um einen Vergleich zu machen, verdiente ein Bergmann in der Woche rund 60 Reichsmark und ein Normalverdiener 10 bis 15 Reichsmark. Vgl. ebenda, S. 38f.

<sup>35</sup> Vgl. Uhl, *Die Teilung Deutschlands*, S. 49.

<sup>36</sup> „Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise, durch seine Arbeit oder durch Bitten, nicht erlangen kann.“ Vgl. Christoph Barnbrock, Werner Klän, *Gotteswort in der Zeit: verstehen -verkündigen -verbreiten*, LIT Verlag, Münster 2005, S. 453.

<sup>37</sup> Vgl., Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 24.

<sup>38</sup> Vgl. Erker, *Ernährungskrise*, S. 25.

„Hamsterer“<sup>39</sup> eher unbehelligt.<sup>40</sup> Zudem versuchten die Besatzungsmächte, den Schwarzhandel durch Razzien zu unterbinden. „Und erstaunlich ist,“ wie der Leiter der deutschen Ernährungsverwaltung, Hans Schlange-Schöningen beobachtete, „dass der eingedrillte Respekt des deutschen Menschen vor der Uniform noch immer groß genug ist. Um solche Beschlagnahmungen verhältnismäßig glatt abgehen zu lassen“.<sup>41</sup> Die Rationierung der Lebensmittel blieb noch bis Anfang der Fünfziger Jahre bestehen. Zu dieser Zeit blieb nur noch der Zucker rationiert, die anderen Lebensmittel konnten nach der Währungsreform wieder ohne Marken gekauft werden.<sup>42</sup>

## 1.2. Die Nahrungsknappheit

Wie oben geschildert, war die Ernährungs- und Industriegesellschaft zum Erliegen gekommen. Die Zerstörung der Städte, Verkehrswesen und Industrieanlagen machten die Lieferungen von Nahrungsmitteln und anderen Versorgungsgütern fast unmöglich.<sup>43</sup> Vor allem die Menschen in den Großstädten waren deshalb darauf angewiesen, übriggebliebene Gegenstände sowie Schmuck, Silberbesteck, Pelze, Wäsche, Uhren, Teppiche, Antiquitäten und Porzellan aus dem Familienbesitz gegen Lebensmittel oder Tabak zu tauschen.<sup>44</sup> Dadurch entwickelte sich der Schwarzmarkt zum eigentlichen Handelsplatz für den Warenverkehr.<sup>45</sup> „Gehandelt wurde z. T. gegen Zigaretten, meist jedoch in der alten Währung Reichsmark zu entsprechenden Preisen: 1kg Kartoffeln kostete 1947 auf Bezugscheinmarken 12 Pfennig, auf dem Schwarzmarkt betrug der Preis 4 RM“.<sup>46</sup>

Der Zusammenbruch vollzog sich bis in die moralische Grundhaltung der Gesellschaft. Sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen sind aus allen Besatzungszonen überliefert, wo Frauen nicht selten von den Siegern als

---

<sup>39</sup> Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bezeichnete die in Scharen über die Felder herfällten, um die Reste zu sammeln, oder in den Wäldern nach Himbeeren, Kastanien suchten um Säfte, Öle und Fette herzustellen als „homo barackensis“. Vgl. Hans Joachim Noack, „Die Geteilte Heimat. Das Wunder der Integration von rund zehn Millionen Vertriebenen“, Georg Bönisch, Klaus Wiegrefe (Hg.), *Die 50er Jahre. Vom Trümmerland zum Wirtschaftswunder* (ss. 91-104), Deutsche Verlags-Anstalt, München 2006 S. 94.

<sup>40</sup> Vgl. Erker, *Ernährungskrise*, S. 26.

<sup>41</sup> Vgl. Schlange-Schöningen, *Im Schatten*, S. 69-71.

<sup>42</sup> Vgl. Eidam, *Die Arbeit gegen den Hunger*, S. 130.

<sup>43</sup> Walter Vogel, *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949*, Oldenbourg Verlag, München 1981, S. 19.

<sup>44</sup> Vgl. Echtenkamp, *Die Bundesrepublik Deutschland*, S. 27.

<sup>45</sup> Vgl. Uhl, *Die Teilung Deutschlands*, S. 39.

<sup>46</sup> Harm G. Schröter, „Von der Teilung zur Wiedervereinigung 1949-2004“, Michael North (Hg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick* (ss. 356-427), H. C. Beck Verlag, München 2000, S. 365.

Beute und Lustobjekt betrachtet wurden.<sup>47</sup> Die Grenzen zwischen Vergewaltigung und Prostitution waren vielfach fließend und der Tauschhandel Geschlechtsverkehr gegen Lebensmittel gehörte zu den Begleiterscheinungen der Nachkriegszeit.<sup>48</sup> In dieser Zeit des Zusammenbruchs litt auch die Ehe bzw. das Familienleben der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Nach dem Ende des Krieges stieg die Zahl der Scheidungen an und erreichte 1948 ihren Höhepunkt, sie war doppelt so hoch wie vor dem Krieg.<sup>49</sup> Die lange Trennungszeit, die Ungewissheit über den Verbleib des Partners, sozialer Abstieg des Mannes, das Rollenverständnis, die selbstständig agierende Frau in der neuen Gesellschaft oder neue Beziehungen waren einige Gründe für diesen Wandel. Beide Seiten kamen mit den neuen Realitäten der neuen Lebensverhältnisse nicht mehr zurecht.<sup>50</sup> Dazu kommt noch, dass die Unabhängigkeit der Frauen durch ihre Arbeit für den Wiederaufbau an Bedeutung gewann. Die neue Stellung der Frau in der Gesellschaft beendete auch die traditionelle Rollenverteilung der Geschlechter in der Gesellschaft.

In den Westzonen stammte etwa die Hälfte der benötigten Lebensmittel aus Großbritannien, Frankreich und vor allem den Vereinigten Staaten. So wurden zwischen Juli 1946 und Juni 1947 aus Großbritannien und den USA 1,596 Millionen Tonnen Lebensmittel eingeführt.<sup>51</sup> Trotz der Hilfsgüter sank jedoch der Kalorienverbrauch weiter ab.<sup>52</sup> Für die Versorgung mit Lebensmitteln waren die GARIOA-Hilfen<sup>53</sup> ausschlaggebend. 78,85 Prozent

---

<sup>47</sup> Der amerikanische Historiker Norman Naimark nimmt an, dass in der SBZ während der Monate vor der Kapitulation und den Jahren danach „Zehntausende, wahrscheinlich sogar Hunderttausende“ Frauen von Angehörigen der sowjetischen Besatzungsmacht vergewaltigt wurden: »Rechnet man diejenigen Frauen und Mädchen hinzu, die während der Vertreibung und Flucht aus Ostpreußen, Schlesien und dem Sudetenland diesem Gewaltverbrechen zum Opfer fielen, so ergibt sich möglicherweise eine Zahl von bis zu zwei Millionen.« Vgl. Norman M. Naimark, *The Russians in Germany: A History of the Soviet Zone of Occupation 1945-1949*, Belknap Press, Cambridge/London 1995, S. 133.

<sup>48</sup> Ute Frevert, *Frauen-Geschichte: Zwischen Bürgerliche Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*, Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 1986, S. 246.

<sup>49</sup> 1939 gingen in Deutschland 8-9 Prozent aller Ehen zu Bruch. 1948 wird fast jedes Fünfte Paar geschieden. Mit der Gründung der Bundesrepublik sind die alten Verhältnisse wiederhergestellt. Vgl. Merlind Theile, „Aufbruch ins Gestern. Die Rückkehr der Frauen an den Herd“, Georg Bönisch & Klaus Wiegrefe (Hg.), *Die 50er Jahre. Vom Trümmerland zum Wirtschaftswunder* (ss. 250-255), Deutsche Verlags-Anstalt, München 2006, S. 252.

<sup>50</sup> Vgl. Uhl, *Die Teilung Deutschlands*, S. 49.

<sup>51</sup> Günter J. Trittel, *Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949)*, Campus Verlag, Frankfurt am Main 1990, S. 221.

<sup>52</sup> Vgl. Rainer Gries, *Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1991.

<sup>53</sup> GARIOA war ein US-amerikanisches Hilfsprogramm, das seit 1946 für besetzte Länder wie Japan, Österreich und Deutschland durchgeführt wurde.



der insgesamt 16201 Milliarden US-Dollar, die zwischen 1946-1950 flossen, waren Importe auf dem Ernährungssektor. Das Niveau in der Bizone stieg nach der Währungsreform rasant von 1.535 kcal. im Juni 1948 auf 2350 kcal im Mai 1949. Westdeutschland wurde schließlich in den ab Herbst 1948 wirksam gewordenen Marshall-Plan, offiziell *European Recovery Program* genannt, einbezogen.<sup>54</sup> Die drei Westzonen erhielten bis Ende Juni 1952 Waren im Gesamtwert von rund 1,413 Milliarden US- Dollar.<sup>55</sup>

### 1.3. Der Wohnraummangel

Ein weiteres Problem im Nachkriegsdeutschland war der Wohnraummangel. Im Mai 1945 wohnten circa 69 Millionen Menschen in circa 18 Millionen Wohnungen.<sup>56</sup> Aufgrund des Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen stieg die Nachfrage in den Zonen des verkleinerten Deutschlands drastisch an. In der SBZ waren 14 Prozent aller Unterkünfte (rund 640,000 Wohnungen) ausgebombt worden. Im sowjetischen Sektor von Berlin wurden durch die Bombardements rund 230,000 Wohnungen (etwa 40 Prozent aller Unterkünfte) und in ganz Berlin 627,000 Wohnungen zerstört.<sup>57</sup> Insgesamt hatte der Krieg in den Westzonen 20 bis 25 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes vernichtet; 2,25 Millionen Wohnungen waren vollkommen zerstört.<sup>58</sup> Weitere 2,5 Millionen Wohnungen waren nicht bewohnbar. Viele Menschen lebten in den Kellern, Bunkern, Not- oder Befehlswohnungen oder Nissenhütten. Um die Wohnungsnot zu bekämpfen und die Flüchtlinge und die Vertriebenen unterzubringen, erließ der Kontrollrat am 8. März 1946 das Gesetz Nr. 18 (zur Erhaltung, Vermehrung, Sichtung, Zuteilung und Ausnutzung des vorhandenen Wohnraums).<sup>59</sup> Demgemäß mussten die Wohnungsämter oder ähnliche Dienststellen sich um die Wohnräume kümmern, indem sie Wohnräume um – oder ausbauten und dringende Reparaturen vornahmen. Noch 1950 lebten 917,000 Flüchtlinge und Vertriebene in Notunterkünften und Massenlagern. In der sowjetischen Besatzungszone war die Lage nicht anders, im Durchschnitt 4,3 Personen lebten in einer Wohnung. Jeder Einwohner verfügte über 13,6 m<sup>2</sup> Wohnfläche.

---

<sup>54</sup> Das am 3. April 1948 in Kraft getretene amerikanische Auslandshilfegesetz, schuf die Basis für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die politische Stabilisierung Westeuropas.

<sup>55</sup> Vgl. Trittel, *Hunger und Politik*, S. 182-18.; Echternkamp, *Die Bundesrepublik Deutschland*, S. 30.

<sup>56</sup> Oskar Schwarzer, *Sozialistischer Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989)*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1999, S. 173.

<sup>57</sup> Vgl. Uhl, *Die Teilung Deutschlands*, S. 42.

<sup>58</sup> Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge, und Kriegsgeschädigte (Hg.), *Dokumente deutscher Kriegsschäden. Evakuierte. Kriegssachgeschädigte. Währungsgeschädigte Bd. II*, Gräfe und Unzer Verlag, Bonn 1958, S. 11-14.

<sup>59</sup> <http://www.verfassungen.de/de/de45-49/kr-gesetz18.htm>

Obwohl bis Oktober 1946 364,606 der 649,244 beschädigten Wohnungen wieder hergerichtet worden sind, sorgte die große Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen für Wohnraummangel.<sup>60</sup> „So wuchs in der SBZ die Wohnbevölkerung im Verhältnis zur Vorkriegszeit um 14,6 Prozent von 15 auf 17 Millionen, während fünf Prozent weniger Wohnraum vorhanden war als 1939. Dadurch lebten im Osten Deutschlands Ende 1946 im Schnitt in jeder Wohnung 4,3 Personen, während es zu Kriegsbeginn nur 3,3 Personen gewesen waren. Noch ungünstiger gestaltete sich die Versorgung mit dem Wohnraum pro Kopf. Statistisch verfügte 1939 jeder Einwohner auf dem Territorium der späteren sowjetischen Besatzungszone noch über 13,6 Quadratmeter Wohnfläche. Bis zum September 1948 kam es fast zu einer Halbierung dieser Zahl, da jetzt für jeden Einwohner nur noch 7,6 Quadratmeter zur Verfügung standen. Fast 30 Prozent aller Familien hatten keine Eigene Wohnung.“<sup>61</sup>

#### 1.4. Die Vertriebenen

Der Zweite Weltkrieg hatte die Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft von Grund auf verändert. Flucht und Vertreibung wülfelten die Menschen aus verschiedenen Regionen mit verschiedenen Religionen und Dialekten durcheinander, wodurch die sozialen Unterschiede aufgelöst wurden.<sup>62</sup> Diese Menschen bestehend aus Frauen, Alten und Kindern, kamen als Habenichtse an, ausgeraubt, entwürdigt und abgeschoben ins restliche Deutschland. Wo sie Unterstützung und Anteilhabe suchten, trafen sie auf Abweisung und taube Ohren und manchmal auch auf Ablehnung als Fremde. Was sie forderten war dringende Hilfe und ein menschliches Dasein.<sup>63</sup> In den Kriegsjahren erhofften die Vertriebenen auf eine rasche Rückkehr in die Heimat und die Einheimischen noch sehnsüchtiger auf das baldige Verschwinden der ungebetenen Brüder und Schwestern.<sup>64</sup> Die „Rucksack-Deutschen“<sup>65</sup> mussten sich auf dem Land und in den Städten durchschlagen, was für viele ein vollkommen unbekanntes Lebensumfeld war. Die aus dem

<sup>60</sup> Alexander von Plato, Almut Leh, *Ein unglaublicher Frühling. Erfahrungsgeschichte in Nachkriegsdeutschland 1945-1948*, (2. Aufl.), Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011, S. 44f.

<sup>61</sup> Vgl. Uhl, *Die Teilung Deutschlands*, S. 42f.

<sup>62</sup> Helmut Karasek, „Sehnsucht nach dem Happy End“, *Der Spiegel*, 3, 2006, ss. 72-80: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45424878.html>

<sup>63</sup> Michael Schwarz, *Vertriebene und Umsiedlerpolitik. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegsgesellschaften und die Assimilationsstrategie in der ZBS/DDR 1945 bis 1961*, Oldenbourg Verlag, München 2004, S. 423.

<sup>64</sup> Dirk Hoerder, *Geschichte der Deutschen Migration: Vom Mittelalter bis Heute*, C. H. Beck Verlag, München 2010, S. 101ff.

<sup>65</sup> Vgl. Noack, *Die Geteilte Heimat*, S. 96.

Osten kamen wurden als Fremdkörper, mit anderem Glauben und Mentalität, als Konkurrent "lästige Zugabe zum verlorenen Krieg" empfunden und als "Polacken" und hergelaufenes Gesindel beschimpft.<sup>66</sup> Diese "Heuschreckenschwärme" hätten Restdeutschland heimgesucht und überschwemmt. In manchen Regionen wurden sie, um die Gesellschaft zu bewahren, auch ausgewiesen.<sup>67</sup>

Die USA, Großbritannien und die Sowjetunion haben auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse am 20 November 1945 einen „Flüchtlingsplan“ beschlossen, um die Vertreibungen zu regulieren, was aber erst ab dem Frühsommer 1946 durchgeführt werden konnte und das allgemeine Nachkriegschaos stärkte.<sup>68</sup> Demgemäß sollte die Umsiedlung von 6,65 Millionen Deutscher aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen und einschließlich der deutschen Gebiete und Österreich in die Besatzungszonen durchgeführt werden.<sup>69</sup> Dieser Plan erschwerte die chaotischen sozialen Bedingungen der Nachkriegszeit im Allgemeinen.<sup>70</sup> Die Flucht und Vertreibung aus Ostdeutschland ist als „gewaltige Völkerwanderung“ von „revolutionäre(r) Dimension“ bezeichnet worden.<sup>71</sup> 1946 zählte man in den vier Besatzungszonen und in Berlin 5,6 Millionen Flüchtlinge bzw. Umsiedler aus dem ehemaligen Reichsgebiet östlich der Oder-Neiße Linie, dessen Bevölkerung zwischen 1939 und 1946 circa 2 Millionen (knapp 20 Prozent)

---

<sup>66</sup>Christian Habbe, "Der zweite lange Marsch", Stefan Aust, Stephan Burgdorff (Hg.), *Die Flucht: Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten* (ss. 225-236), DVA Verlag, Stuttgart/München 2002, S. 228.

<sup>67</sup>In Sachsen z.B. wurden die Vertriebenen im August 1945 aus diesem Grund nicht in die Stadt reingelassen. Vgl. Schwarz, *Vertriebene und Umsiedlerpolitik*, S. 731.

<sup>68</sup>Thorsten Mehlhase, *Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt. Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft*, LIT Verlag, Münster 1999, S. 66.

<sup>69</sup>Thilo Vogelsang, *Das Geteilte Deutschland*, 12. Aufl., dtv Verlag, München 1983, S. 46.

<sup>70</sup>„Die Volkszählung vom 29. Oktober 1946 ergab, dass sich zu diesem Zeitpunkt im Gebiet der Westzonen insgesamt 5,878,500 Flüchtlinge aufhielten. Bis zum 1.10.1949 kamen noch 1,675,000 (eine Zunahme von 28,5 Prozent) hinzu. In allen Besatzungszonen und Berlin befanden sich im Oktober 1946 9,593,8000 Flüchtlinge, was einen Anteil von 14,9 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Da die französische Militärregierung gegen eine umfangreiche Aufnahme von Flüchtlingen ihre Zone sperrte, konzentrierte sich der Bevölkerungszuwachs auf die drei übrigen Zonen. Die Bevölkerung der sowjetischen Zone hatte 20,8 Prozent Flüchtlingsanteil, die der amerikanischen 16,3 Prozent und die der britischen Zone 13,9 Prozent. Das Bedeutete in absoluten Zahlen: Britische Zone: 3,055,300; amerikanische Zone: 2,744,900; französische Zone: 78,300 und sowjetische Zone: 3,598,400.“ Vgl. Vogel, *Akten zur Vorgeschichte*, S. 25.

<sup>71</sup>Martin Broszat/ Klaus-Dietmar Henke/ Hans Woller, *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, Oldenbourg Verlag, München 1990, S. XXV.

reduziert worden war.<sup>72</sup> Die wirtschaftliche und sozialpolitische Belastung erschwerte das Flüchtlingsproblem.<sup>73</sup> Umsiedler und Vertriebe stellten in der Sowjetische Besatzungszone (ZBZ) fast 43 Prozent der Sozialunterstützten. Doch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) und die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) scheuten die für einen Lastenausgleich erforderlichen Umverteilungen, weil dies eine neu aufzubauende sozialistische Gesellschaft zerstören würde.<sup>74</sup> Die Behandlung in den schnell eingerichteten Flüchtlingslagern war menschenunwürdig.<sup>75</sup> Die noch Aktiven zogen weiter in die Westzonen, während Kranke, Frauen und Kinder in den ZBZ-Ländern blieben.<sup>76</sup> Die Flüchtlinge versuchte man in die Gebiete mit wenig Kriegszerstörung zu bringen.<sup>77</sup> Die Wellen von Ost- und Süddeutschen kamen in den angrenzenden mitteldeutschen Gebieten an. „Niemand wollte die bedauernswerten Menschen aufnehmen. Vielerorts versuchte man, die eintreffenden Vertriebenen in benachbarte Regionen weiterzuleiten und abzuschieben“.<sup>78</sup>

Im Rahmen der Währungsumstellung waren mit dem Hypothekensicherungsgesetz vom 2. September 1948 finanzielle Voraussetzungen für einen Ausgleich der Lasten der von den Kriegsfolgen Betroffenen auferlegt hatten, gesichert worden.<sup>79</sup> Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden den Flüchtlingen die erforderlichen Unterstützungen ermöglicht. Durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bestand die Möglichkeit für die Lösung sozialpolitischer Aufgaben, vor allem der Linderung der Notlagen von den Kriegsbetroffenen. Das Soforthilfegesetz vom 8. August 1949, dem folgenden 8.10.1949 Flüchtlingsgesetz, um die Förderung der Heimatvertriebenen, die aus der Landwirtschaft stammen, wieder in die Landwirtschaft einzugliedern, sowie dem Lastenausgleichgesetz vom 14. August 1952 und dem

---

<sup>72</sup> Adelheid zu Castell, „Die demographischen Konsequenzen des Ersten und Zweiten Weltkriegs für das Deutsche Reich, Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland“, Waclaw Długoborski (Hg.), *Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel (ss. 117-138)*, Vandenhoeck&Ruprecht, Göttingen 1981, S. 119.

<sup>73</sup> Vgl. Vogel, *Akten zur Vorgeschichte*, S. 25.

<sup>74</sup> Vgl. Schwarz, *Vertriebene und Umsiedlerpolitik*, S. 919.

<sup>75</sup> Vgl. Mehlhase, *Flüchtlinge und Vertriebene*, S. 23.

<sup>76</sup> Vgl. Mehlhase, *Flüchtlinge und Vertriebene*, S. 57.

<sup>77</sup> Infolgedessen bestand 1950 nahezu zwei Fünftel der Bevölkerung Schleswig-Holsteins, ein Drittel der Bevölkerung Niedersachsens und ein Viertel der Bevölkerung Bayerns aus Flüchtlingen. Vgl. Castell, *Die demographischen Konsequenzen*, S. 120.

<sup>78</sup> Vgl. Mehlhase, *Flüchtlinge und Vertriebene*, S. 66.

<sup>79</sup> Gerhard Kleinheinz, Heinz Lampert, „Der Wiederbeginn freiheitlicher Sozialpolitik nach dem Kriege“, in: Karl Hohmann & Horst Friedrich Wünsche, *Grundtexte zur sozialen Marktwirtschaft, II. Band, (159-173)*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York 1988, S. 164.

Bundesvertriebenengesetz<sup>80</sup> vom 19. Mai 1953 wandte sich der Gesetzgeber den Menschen zu, die im Osten ihre Heimat verloren hatten. Trotz aller Hilfeleistungen von außen haben die Flüchtlinge und Vertriebenen die Eingliederung in die neue Gesellschaft selbst geleistet und somit zu einem Integrationswunder<sup>81</sup> der Nachkriegsgesellschaft geführt.<sup>82</sup>

### 1.5. Die Kriegsgefangenen

Während des Krieges und nach der bedingungslosen Kapitulation gerieten 11 Millionen deutsche Soldaten in die Gefangenschaft. Über eine Million Soldaten (fast jeder Zehnte) überlebte den Krieg nicht.<sup>83</sup> Die Kriegsgefangenen wurden von der Sowjetunion und später auch von Frankreich als Zwangsarbeiter zum Aufbau des Landes herangezogen. Die Alliierten bekannten sich erst mit der Kontrollratsproklamation Nr. 2 vom 20. September 1945 zum zwangsweisen Einsatz von deutschen Arbeitskräften und später sorgte die Kontrollratsdirektive Nr. 18 dafür, dass die ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, die „unter dem Verdacht von Kriegsverbrechen stehen oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten“, in Haft zu halten.<sup>84</sup> Die Briten hatten die meisten deutschen Kriegsgefangenen von den Alliierten; im Juni 1945 mit rund 3,5 Millionen, was sich Ende 1945 auf eine Million verringerte. Die Briten unterzogen die deutschen Kriegsgefangenen einem Reeducation-Programm, damit sie sich mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzten. Durch den Repatriierungsbeschluss auf der Moskauer Konferenz war die britische Regierung gezwungen, die verbliebenen Gefangenen freizulassen. Am 12. Juli 1948 verließ der letzte deutsche Kriegsgefangenentransport die britischen Inseln. Die USA ging ähnlich mit den deutschen Gefangenen um. Sie ließen die nichtdeutschen Soldaten, und somit stieg die Zahl der freigelassenen Soldaten bis Ende rund auf eine Million. Am 30. Juli entließ man schließlich die letzten Kriegsgefangenen. Ganz anders ging es mit den Kriegsgefangenen in der französischen Gewahrem. Die Versorgungssituation war prekär und die Ernährung sehr schlecht. Dazu kam noch, dass die Franzosen die deutschen Kriegsgefangenen

---

<sup>80</sup> Dieses Gesetz wurde später durch die einschlägigen Bestimmungen des Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz) vom am 19. Mai 1953 ersetzt. Vgl. Hermann Seelschopp *Das Flüchtlingsgesetz 8.10.1949. Möglichkeiten und Durchführung*, Agricola Verlag, Oldenburg 1951.

<sup>81</sup> Schwarz kritisiert die Erinnerungspolitik bzw. das Integrationswunder der Flüchtlinge und Vertriebenen und ist der Ansicht, dass die Gesellschaft sich entsolidarisiert habe von den unerwünschten Konkurrenten. Vgl. Schwarz, *Vertriebene und Umsiedlerpolitik*, S. 625ff.

<sup>82</sup> Vgl. Uhl, *Die Teilung Deutschlands*, S. 68.

<sup>83</sup> Vgl. Uhl, *Die Teilung Deutschlands*, S. 68.

<sup>84</sup> Bundesminister des Innern (Hg.), *Dokumente zur Deutschlandspolitik II/1*, De Gruyter Verlag, Oldenburg 1992, S. 2101.

bei Beseitigung von Kriegsschäden und Räumung von Minen einsetzen, wobei mehr als 2000 Soldaten ums Leben kamen. Die Repatriierung war am 8. Dezember 1948 abgeschlossen.<sup>85</sup> Am schlechtesten erging den Kriegsgefangenen in russischen Gewahrsam. Aufgrund der verheerenden Kriegszerstörungen war die Sowjetunion selbst mittellos, was auch die Versorgung der Kriegsgefangenen erschwerte.<sup>86</sup> Die Repatriierung der Gefangenen entsprach nicht den Fristen und der Schnelligkeit wie sie von den Alliierten beschlossen worden war. Trotz der Zögerungen entließ die Sowjetunion den Großteil der verbliebenen Kriegsgefangenen. Am 5. Mai 1950 erklärte die Sowjetunion, dass sich 9,717 verurteilte deutsche Kriegsgefangene und 4,000 Personen, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen waren, in der Sowjetunion befanden.<sup>87</sup>

### 1.6. Die Entnazifizierung

Nach dem Potsdamer Vertrag, der die Grundsätze der einheitlichen Entnazifizierung enthielt, sollten die Entlassenen durch diejenigen Personen ersetzt werden, die zur Entwicklung der Demokratie in Deutschland beitragen würden.<sup>88</sup> „Die Säuberungen sollten auf drei Ebenen stattfinden: Potentiell gefährliche Deutsche wurden interniert. Politisch belastete Personen aus wichtigen Ämtern entfernt und die Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt.“<sup>89</sup> Der Alliierte Kontrollrat erließ zwei Direktive: Nr. 24 vom 12.01.1946 („Entnazifizierung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüber stehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen“) und Nr. 38 von 12.10.1946 („Verhaftungen und Bestrafungen von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen

<sup>85</sup> Vgl. Uhl, *Die Teilung Deutschlands*, S. 71-76.

<sup>86</sup> Rüdiger Overmans, *Soldaten hinter Stacheldraht. Deutsche Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs*, Propyläen Verlag, München 2000, S. 108f.

<sup>87</sup> Die Freilassung derer sollte bis März 1956 (nach Adenauers Reise nach Moskau) sich zögern. Vgl. Uhl, *Die Teilung Deutschlands*, S. 76f.

<sup>88</sup> Ziel der Potsdam-Konferenz war es, Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Obwohl Frankreich auf der Konferenz von Jalta (4.-11. Februar 1945) als vierte Macht anerkannt wurde und über ein eigenes Territorium verfügt, wurde es von der Konferenz gestrichen. Obwohl Frankreich auf der Konferenz von Jalta (4.-11. Februar 1945) als vierte Macht anerkannt und eine eigene Besatzungszone hatte, wurde es von der Konferenz ausgeschlossen. Aus diesem Grund fühlte sich Frankreich an die getroffenen Entscheidungen nicht gebunden. Dies beschädigte die einheitliche Politik der Siegermächte. Das gegenseitige Misstrauen (insbesondere gegenüber die Sowjetunion) erschwerte die Festlegung auf eine Deutschlandpolitik. Vgl. Wolfgang Marienfeld, *Konferenzen über Deutschland Bd. I*, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1963, S. 149f.; Wolfgang Benz, *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neubeginn im Vier-Zonen-Deutschland*, dtv Verlag, München 2012, S. 82.

<sup>89</sup> Clemens Vollnhals, *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949*, (2. Aufl.), dtv Verlag, München 1991, S. 107.

und Internierung, Kontrolle und Überwachung von Möglicherweise gefährlichen Deutschen“).<sup>90</sup> Die Parteifunktionäre und die SS-Angehörigen wurden interniert, Bürgermeister, hohe Beamte (in Wirtschaft und Verwaltung, Justiz, Auswärtigen Amt usw.) wurden durch Antifaschisten ersetzt.<sup>91</sup> Durch Massentlastungen und herrschte in den Büros und Betrieben akuter Personalmangel. In der SBZ wurden nach der Kapitulation Speziallager eingerichtet, die von de NKWD<sup>92</sup> unterstanden. In Westdeutschland haben die Amerikaner einen Erhebungsbogen, der aus 131 Fragen bestand, die Deutschen auf ihre Vergangenheit geprüft. Bis März wurden 1,39 Millionen Fragebögen ausgewertet und die Betroffenen in fünf verschiedene Kategorien unterteilt: Hauptschuldige (I. Kategorie), Belastete (II. Kategorie), Minderbelastete (III. Kategorie), Mitläufer (IV. Kategorie) und Entlastete (V. Kategorie). Ab Februar 1947 wurde das Spruchkammerverfahren mit den fünf Belastungskategorien auch in der französischen und britischen Zone übernommen.<sup>93</sup> Am 8. August 1945 einigten sich die Vier Mächte darauf, einen Internationalen Militärgerichtshof einzurichten, vor dem gegen die prominenten Täter „gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vorzugehen.<sup>94</sup> Das Gericht richtete sich gegen 22 Hauptkriegsverbrecher und gab seine Entscheidung am 30. September und 1. Oktober 1946 bekannt. Franz von Papen (Reichskanzler), Hjalmar Schacht (Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister) und Hans Fritzsche (Leiter der Presseabteilung im Propagandaministerium) wurden für „*nicht schuldig*“ befunden. Karl Dönitz (Großadmiral und letzter Reichskanzler), Konstantin von Neurath (Außenminister), Baldur von Schirach (Reichsjugendführer) und Albert Speer (Rüstungsminister) erhielten Gefängnisstrafen zwischen zehn und zwanzig Jahren. Walter Funk (Wirtschaftsminister), Rudolf Heß (Hitlers Stellvertreter) und Erich Raeder (Großadmiral) erhielten eine lebenslange Haftstrafe. Die übrigen Angeklagten sowie der Julius Streicher (Gruppenführer der SA), Fritz Sauckel (Reichsverteidigungskommissar), Alfred Rosenberg (Reichsminister), Joachim von Ribbentrop (Außenminister), Wilhelm Keitel (Generalfeldmarschall), Martin Bormann (Hitlers Stellvertreter), Hans Frank (Generalgouverneur), Wilhelm Frick

---

<sup>90</sup> Echternkamp, *Die Bundesrepublik Deutschland*, S. 67.

<sup>91</sup> Manfred Wille, *Entnazifizierung in der Besatzungszonen Deutschlands 1945-1948*, Block Verlag, Magdeburg 1993, S. 17.

<sup>92</sup> Das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (Narodny Kommissariat Wnutrennich Del) der Sowjetunion. Ab 1946 unbenannt als Innenministerium der UdSSR (MWD).

<sup>93</sup> Vgl. Echternkamp, *Die Bundesrepublik Deutschland*, S. 67-68.

<sup>94</sup> Telford Taylor, *Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht*, Heyne Verlag, München 2001, S. 733.

(Reichsminister), Hermann Göring (Reichsmarschall) und Alfred Jodl (Generaloberst) wurden zum „Tode durch den Strang“ verurteilt.<sup>95</sup>

Obwohl die Nürnberger Prozesse viel Aufsehen erregt hatten und von manchen als „Siegerjustiz“ kritisiert wurden, sollten sie als ein Präzedenzfall für die Ächtung künftiger Angriffskriege betrachtet werden.<sup>96</sup> Aufgrund des Kontrollgesetzes Nr. 10 von 20. Dezember 1947 konnten die Oberbefehlshaber in ihren Zonen Personen „gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vor Gericht stellen. Die Amerikaner verurteilten bis April 1949 fast 200 Funktionäre des Dritten Reiches, darunter prominente Ärzte, Anwälte, Industrielle, Diplomaten, Beamte und Generäle. Es gab auch zahlreiche Prozesse gegen den „Moralpersonal“ der Nazis um die Verbrechen in den Konzentrationslagern. Gegen diese Prozesse bestand eine offizielle Kritik und Forderung nach Strafnachlässen und Amnestie, die sich zu einem politischen Problem verwandelte.<sup>97</sup> „Das (erste) Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit vom 31. Dezember 1949 führte zu einer weitreichenden Amnestie. Die deutsche Justiz, zeigte nach dem Ende der Besatzungszeit wenig Interesse, NS-Täter zu verfolgen. Erst nach dem Ulmer Prozess gegen ehemalige Angehörige der „Einsatzgruppen“ 1956/57 und der Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg 1958 sollte die Strafverfolgung noch unaufgeklärter NS-Verbrechen systematisch fortgeführt werden - wengleich die Regierung 1960 Totschlag hatte verjähren lassen.“<sup>98</sup>

## 2. Wirtschaftliche Herausforderungen

Nach dem Krieg waren die Deutschlands-Pläne der Alliierten unscharf und disparat.<sup>99</sup> Mit der Potsdamer Konferenz, die ein *Kongress der Ratlosigkeit und Uneinigkeit*<sup>100</sup> war, sollte verhindert werden, dass Deutschland künftig wieder eine Weltmacht wird, dementsprechend war die Politik der Alliierten der „des“ und „ents“.<sup>101</sup> Kurze Zeit später versuchten die Westmächte die

<sup>95</sup> Vgl. Echternkamp, *Die Bundesrepublik Deutschland*, S. 71.

<sup>96</sup> Vgl. Taylor, *Die Nürnberger Prozesse*, S. 734.

<sup>97</sup> Annette Weinke, *Die Nürnberger Prozesse*, C. H. Beck Verlag, München 2006, S. 7f. Ute Stiepani, „Die Dachauer Prozesse und ihre Bedeutung im Rahmen der Alliierten Strafverfolgung von NS-Verbrechen“, Gerd R. Ueberschär (Hg.), *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die Alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1999, S. 227-239.

<sup>98</sup> Vgl. Echternkamp, *Die Bundesrepublik Deutschland*, S. 74.

<sup>99</sup> Vgl. Benz, *Potsdam 1945*, S. 37.

<sup>100</sup> Vgl. Wolfgang Benz, *Die 101 wichtigsten Fragen*, (2. Aufl.), C. H. Beck, München 2008, S. 129.

<sup>101</sup> Demilitarisierung, Demontage, Destabilisierung, Dezentralisierung, Entnazifizierung. vgl. Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 32; Klaus Dietmar Henke, *Die amerikanische Besatzung*, (2. Aufl.), Oldenbourg Verlag, München 1996, S. 113f.



gefährlichen ökonomischen Instabilitäten zu vermeiden, die den Faschismus hervorgebracht hatten. Langsam aber sicher bildete sich eine neue bipolare Weltordnung ideologischer und wirtschaftlicher Gegensätze zwischen einer kapitalistischen offenen Gesellschaft und der sozialistischen geschlossenen Gesellschaft.<sup>102</sup> Wollte man ein stabiles, antikommunistisches Europa schaffen, so waren es für Deutschland eine stabile Währung und die Überwindung der „Engpassökonomie“<sup>103</sup> notwendig.<sup>104</sup> Den Westmächten und den führenden deutschen Politikern war es eindeutig klar, dass die Wiederherstellung Deutschlands die Wiederherstellung Europas bedeutete, denn ein Deutschland in Ketten zu fesseln bliebe Europa in „Lumpen“.<sup>105</sup>

Die Forschung besagt, dass es eine „Stunde-Null“ für die Wirtschaft nicht gegeben hat<sup>106</sup> und die Ausgangsbedingungen nach 1945 für die wirtschaftliche Entwicklung außergewöhnlich gut waren.<sup>107</sup> Die Gebiete, die Deutschland nach dem Krieg verloren hat, war für die Versorgung von immenser Bedeutung, 80 Prozent der Lebensmittelversorgung wurden aus diesen Gebieten sichergestellt, was in den Jahren 1946-1947 die Selbstversorgung auf 35 Prozent geschätzt wurden ist.<sup>108</sup> Die Organisation der Wirtschaft und die Währung waren in einem schlechten Zustand aber Deutschlands wirtschaftliches Potenzial war keineswegs schwach. Wie Abelshäuser erklärte „Deutschland war arm, aber nicht unterentwickelt.“<sup>109</sup>

Trotz der Zerstörungen des Krieges waren die industriellen Anlagen nicht in schlechtem Zustand, weil sie während des Krieges in die Ballungsräume transportiert worden waren. Nach dem Krieg begannen die industriellen

---

<sup>102</sup> Vgl. Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 14.

<sup>103</sup> Konai gebrauchte diesen Begriff bei Konzeption, wo die Unternehmensstrategie unter Schwarzbedingungen angewandt wurde. Vgl. Hartmut Berghoff, Jakob Vogel (Hg.) *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte: Dimensionen eines Perspektivwechsels*, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2004, S. 173.

<sup>104</sup> Vgl. Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 47.

<sup>105</sup> So formulierte der Expräsident Hoover seine Gedanken in seinem Bericht über Deutschland. Vgl. Adenauer, Konrad, *Erinnerungen 1945-1953*, (4. Aufl.), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1980, S. 108.

<sup>106</sup> Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, (2. Aufl.), C.H. Beck, München 2004, S. 121; Werner Abelshäuser, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, C.H. Beck Verlag, München 2004, S. 69.

<sup>107</sup> Thomas Bittner, *Das Westeuropäische Wirtschaftswachstum*, LIT Verlag, Münster 2001, S. 15.

<sup>108</sup> Martijn Lak, „Eine Angelegenheit von fundamentaler Bedeutung. Die Wechselwirkung der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland, 1945-1949“, in: Hein A.M. Klemann, Friso Wielenga (Hg.), *Deutschland und die Niederlande. Wirtschaftsbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert (ss. 45-85)*, Waxmann Verlag, Münster 2009, S. 51.

<sup>109</sup> Werner Abelshäuser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Shurkamp Verlag, Frankfurt am Main 1983, S. 32.

Anlagen wieder zu produzieren, was erst mit dem Marshall-Plan ihre volle Auswirkung zeigten.<sup>110</sup> Die Wirtschaftsfähigkeit verdoppelte sich auf mehr als die Hälfte der Vorkriegsproduktion. Der kalte Winter 1946/47 und eine Transportkrise, die zu mangelnder Kohlenversorgung und Nahrungsversorgung führte, lähmten diesen Wirtschaftsaufschwung durchgehend.<sup>111</sup> 70 Prozent der Eisenbahn und Wasserwege waren durch den Krieg zerstört.<sup>112</sup> Intakt geblieben waren von der Eisenbahn in der Bizone rund 40 Prozent der Lokomotiven, knapp 70 Prozent der Waggons und nur 1,000 von 13.000 Schienenkilometern des Vorkriegsstandes.<sup>113</sup> Der Zusammenbruch des Transportwesens führte zu wirtschaftlichen Rückschlägen, insbesondere im Winter 1946/47. Weder Kohle noch Nahrungsmittel, noch Importgüter erreichten ihren Bestimmungsort. Für einen Wiederaufbau war es nötig, ein funktionierendes Transport- und Verkehrssystem aufzubauen, weil zwischen Gütertransportkapazitäten und Güterinfrastrukturen ein Engpass galt.<sup>114</sup> Erst nach dem die biozonale Verwaltung das Transportwesen wieder instand gesetzt hatte, verbesserten sich die Versorgungen Ende 1947. Diese Rekonstruktionsphase wurde gefährdet durch den Marshall-Plan und die Währungsreform.<sup>115</sup>

Der Kontrollrat veröffentlichte schon am 26. März 1946 den ersten Industrieplan<sup>116</sup> für Deutschland. Dieses Dokument bildete eher einen politischen Verständigungswillen als ökonomische Realitätsnähe, weil es widerstreitende Ziele umzusetzen hatte: die Beseitigung des industriellen Rüstungspotentials in Deutschland, die Bereitstellung von Reparationen, die Förderung von Friedensindustrien und die Beschränkung des deutschen Lebensstandards entsprechend den Potsdamer Beschlüssen.<sup>117</sup> Demzufolge sollte die Industrieproduktion Deutschlands auf 50 bis 55 Prozent des Standes

---

<sup>110</sup> Vgl. Vogel, *Akten zur Vorgeschichte*, S. 22.

<sup>111</sup> Vgl. Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 28.

<sup>112</sup> Vgl. Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 21.

<sup>113</sup> Abelshäuser, *Wirtschaft in Westdeutschland*, S. 152f.

<sup>114</sup> Vgl. Kleßmann, *Die Doppelte Staatsgründung*, S. 45f.

<sup>115</sup> Harald Winkel, „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands 1945-1965“, in: Willi Albers (Hg.), *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1982, S. 105f.

<sup>116</sup> Zur Entstehungsgeschichte und Bewertung des Ersten Industriepans siehe Wilfried Mausbach, *Zwischen Morgentau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944-1947*, Droste Verlag, Düsseldorf 1996, S. 190-222.

<sup>117</sup> Stefan Grüner, *Geplantes Wirtschaftswunder? Industrie und Strukturpolitik in Bayern 1945 bis 1973*, Oldenbourg Verlag, München 2009, S. 49; Für die Schaden durch die Montagen in der SBZ siehe Wolfgang Zank, „Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der SBZ-Besonderheiten und Parallelen im Vergleich zum westlichen Besatzungsgebiet 1945-1949“, *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 71/4, Stuttgart 1984, S. 485-504.

von 1938 werden.<sup>118</sup> Jegliche Produktionen von Rüstungsgütern sowie Flugzeugen, Seeschiffen usw. wurden verboten. Aber die Demontagen<sup>119</sup> und Zerstörungen von Industriestätten hatten auf die Wirkung des Plans einen negativen Einfluss.<sup>120</sup> Weil die Sowjetunion und Frankreich skeptisch auf so eine Zusammenarbeit gegenüberstanden und massive Demontage- und Entnahmepolitik in ihren Zonen trieben, scheiterte dieser Plan.<sup>121</sup> Die Demontagen führten zu Unruhen in der Gesellschaft, wegen den Arbeitsplätzen.<sup>122</sup> Da die Sowjetunion den größten Schaden erlitten hatte, wurden ihr auch aus den westlichen Zonen industrielle Ausrüstungen zugesprochen. Der Industriepan sah die Industriekapazität 70 bis 75 Prozent (des Standes von 1936) herunter zu demontieren.<sup>123</sup> Mit dem Petersburger Abkommen<sup>124</sup> am 22. November 1949 wurden die Demontagen beendet, nach dem 159 Werke bereit am 13. April 1949 von der Liste durchgestrichen worden waren.<sup>125</sup> Abelhauser ist der Ansicht, dass die Demontagen keine wesentliche Auswirkungen auf die Entwicklung in der Nachkriegszeit hatten.<sup>126</sup>

Der Perspektivwandel in der amerikanischen Politik über den sich verschärfenden Ost-Westkonflikt und der Reisebericht vom Expräsidenten Hoover über die Wirtschaftslage in Deutschland ließen die amerikanische

---

<sup>118</sup> Paul Sauer, *Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945-1952*, Vaas Verlag, Ulm 1978, S. 375; Harald Winkel, *Die Wirtschaft im geteilten Deutschland*, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1990, S. 41-48. Ein Vergleich für das Jahr 1936 wären die Zahlen des Industrieproduktionsniveau 70 bis 75 Prozent. Vgl. John Gimbel, *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1971, S. 204; Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 28.

<sup>119</sup> Die Demontagen werden als negativer Gegenentwurf zur Wiederaufbau und Mashall-Plan gebraucht und mit Teilweise massiven Vorwürfen an die Alliierten verbunden. Vgl. Dieter Felbick, *Schlagwörter der Nachkriegszeit 1945-1949*, De Gruyter Verlag, Berlin 2003, S. 207.

<sup>120</sup> Vgl. Marienfeld, *Konferenzen über Deutschland*, S. 149f.; Benz, *Potsdam 1945*, S. 303.

<sup>121</sup> Vgl. Mausbach, *Zwischen Morgentau*, S. 190.

<sup>122</sup> Vgl. Schwengler, *Der doppelte Anspruch*, S. 204.

<sup>123</sup> Vgl. Roesler, *Momente*, S. 43.

<sup>124</sup> "Das Foreign-Office hatte eine Perspektivwechsel am September 1949. Deutschland sollte sich entwickeln können, weil die Sicherheit Westens und die Wahrung des Friedens es notwendig machte; dass Deutschland in das westliche System integrieren sollte. Als Gegenleistung: Anerkennung von Besatzungs- und Ruhstatut, Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde, Anerkennung der Aufgaben des militärischen Sicherheitsamt, Beschluss eines Abkommens mit der Economic Cooperation Administration (ECA) und eine Absichtserklärung mit den Westmächten eng zusammen zu arbeite." Vgl. Schwengler, *Der doppelte Anspruch*, S. 216.

<sup>125</sup> Durch die Demontagen wurden in der sowjetischen Besatzungszone circa 45 vom Hundert der 1945 vorhandenen Kapazitäten vernichtet und in den Westzonen waren es nur circa 8 vom Hundert. Vgl. Winkel, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 104.

<sup>126</sup> Vgl. Abelhauser, *Wirtschaft in Westdeutschland*, S. 114-129.

Auffassung von neu aus zu denken.<sup>127</sup> Der Dissens in Berlin veranlasste die amerikanischen und britischen Regierungen ihre Besatzungszonen zu verschmelzen. Am 1. Januar 1947 vereinigten Amerikaner und Briten ihre Besatzungszonen „zum Vereinten Wirtschaftsgebiet, das rund 45 Prozent der Fläche und der Bevölkerung der vier Zonen umfasste“.<sup>128</sup> Diese Bizone sollte für die Selbsterhaltung und den Wiederaufbau Europas dienen: das Ziel war die industrielle Produktionskapazität des Jahres 1936 zu erreichen.<sup>129</sup> US-Präsident Harry S. Truman proklamierte in seiner Kongressrede am 12. März 1947 die sogenannte Truman-Doktrin. In seiner Rede verknüpfte Truman die Zusage von Wirtschaftshilfe an Griechenland und die Türkei mit der Erklärung, dass die Vereinigten Staaten all jene Völker unterstützen würden, „die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen“.<sup>130</sup> Demgemäß wurde am 29. August 1947, der für die „Herstellung der deutschen Selbstversorgungsfähigkeit und Förderung des deutschen Exports als Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas“ dienende Zweite Industriepan in Kraft gesetzt.<sup>131</sup> Der Plan zielte nicht mehr auf die ökonomische Abrüstung Deutschlands, sondern legte ein Mindestmaß an Reparationslieferungen fest, um eine politische Mitarbeit der Westmächte sicherzustellen.<sup>132</sup> Die Direktiven der amerikanischen Besatzungsmacht vom Juli 1947, die den „Aufbau eines produktiven und stabilen“ Deutschlands einleiten sollten, haben den Weg für den Marshall-Plan geebnet.<sup>133</sup> Das Scheitern der Zusammenarbeit führte zur Revision der Demontagenlisten und Kürzungen in den westlichen Zonen.<sup>134</sup> Trotz dieser Entwicklungen wuchs der Umlauf von Bargeld gewaltig an (Juni 1936: 8,7 Milliarden, April 1947: 70,3 Milliarden), ein funktionierendes Währungssystem gab es nicht und Tauschwirtschaft ersetzte die Geldwirtschaft.<sup>135</sup> Das geschätzte Geldvolumen

<sup>127</sup> Vgl. Grüner, *Geplantes Wirtschaftswunder*, S. 50.

<sup>128</sup> Die Bizone wurde nach amerikanischem Druck durch den Beitritt Frankreichs am 1. April 1949 zur Trizone erweitert. Auf diese Weise entstanden zunächst vier. Später zwei separate, provisorische Wirtschaftsräume und Staaten. Vgl. Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 17f.

<sup>129</sup> Walter Schwengler, „Der doppelte Anspruch: Souveränität und Sicherheit zur Entwicklung des völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik Deutschlands 1949-1955“, Militärgeschichtlichen Forschungsamt (Hg.), *Anfänge der westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956 (ss. 187-514)*, Oldenbourg Verlag, München 1997, S. 203f.

<sup>130</sup> Vgl. Manfred Görtemaker [u.a.] (Hg.), *Das Ende des Ost-West-Konflikts*, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1990, S. 58.

<sup>131</sup> Vgl. Mausbach, *Zwischen Morgentau*, S. 349.

<sup>132</sup> Vgl. Grüner, *Geplantes Wirtschaftswunder*, S. 51f.

<sup>133</sup> Vgl. Winkel, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 106.

<sup>134</sup> Vgl. Felbick, *Schlagwörter der Nachkriegszeit*, S. 207.

<sup>135</sup> Toni Pierenkemper, *Wirtschaftsgeschichte: Die Entstehung der modernen Volkswirtschaft*, Akademie Verlag, Berlin 2009, S. 111.

in allen besetzten Gebieten für 1947 betrug rund 173 Mrd. RM.<sup>136</sup> Dem stand ein Sozialprodukt von 63. Milliarden RM gegenüber. Die Währungssituation war durch Inflation gekennzeichnet, was die Existenz der zahllosen Schwarzmärkte offenlegte. Die "Camel-Währung" löste die Reichsmark ab: ein Fund Butter kostete in der britischen Besatzungszone im April 1946 230 Mark. Die Tauschwirtschaft wurde zum Prinzip, sogar große Unternehmen gingen zum Kompensationshandel über dem Tausch von Gütern gegen Güter.<sup>137</sup> Obwohl die vorherrschenden Schwarzmarkt- und Kompensationsgeschäfte den Anreiz zum mehr Geld verdienen beraubten und davon nur eine Minderheit profitierte, hielten sie die zerrüttete Wirtschaft am Laufen.<sup>138</sup>

Um eine funktionsfähige Geldwirtschaft wiederherzustellen, war eine Reorganisation der Währung notwendig. Die Alliierten versuchten zwar die Diskrepanz zwischen Geld und Gütermenge zu verkleinern. Am 1. März 1948 wurde aufgrund des *Colm-Dodge-Goldsmith-Plans*<sup>139</sup> die Bank deutscher Länder als Zentralbank gegründet.<sup>140</sup> Am 20. Juni 1948 wurde die Währungsreform durchgeführt, um die deutsche Mark als neue Währung der westlichen Besatzungszonen einzuführen. Das erste Ziel der Währungsreform war es den Geldüberhang zu beseitigen und die Grundlage für eine funktionsfähige Marktwirtschaft aufzubauen.<sup>141</sup> Die Währungsreform brachte langfristig eine entscheidende Wende für den Handel und die Einführung der D-Mark verbesserte die Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Binnenmarkt.<sup>142</sup> Obwohl die Außenwirtschaftlichen Beziehungen allein in der Kompetenz der Alliierten waren, erlangten die deutschen Unternehmen durch den Währungsreform die Möglichkeit ohne die Zustimmung direkt mit

---

<sup>136</sup> Karl-Heinrich Hansmeyer/ Rolf Caesar, „Kriegswirtschaft und Inflation (1936-1948)“, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, Knapp Verlag, Frankfurt am Main 1976, S. 419.

<sup>137</sup> Vgl. Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 24f.

<sup>138</sup> Vgl. Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 19; Gallus, S. 40.

<sup>139</sup> Die genaue Bezeichnung der Reformpläne war "Plan für die Liquidation der Kriegsfinanzierung und die Finanzielle Rehabilitation Deutschlands", Vgl. Hans Möller, *Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948*, List-Gesellschaft, Tübingen 1961, S. 214.

<sup>140</sup> Aus der Bank deutscher Länder ging später die deutsche Bundesbank hervor. Vgl. Christoph Buchheim, „Die Einrichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland“, Deutsche Bundesbank (Hg.), *Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948 (ss. 91-138)*, C. H. Beck Verlag, München 1998.

<sup>141</sup> Ludwig Erhard, *Deutsche Wirtschaftspolitik - Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*, Econ Verlag, Düsseldorf 1962, S. 67.

<sup>142</sup> Hans Pohl, *Wirtschaft, Unternehmen, Kreditwesen, soziale Probleme. Ausgewählte Aufsätze, B. I*, Franz Steiner Verlag, München 2005, S. 849.

ausländischen Handelspartnern abzuschließen.<sup>143</sup> Als Reaktion führte die Sowjetunion am 23. Juni eine eigene Währungsreform für ihre Besatzungszone durch, die die Spaltung Deutschlands beschleunigte.<sup>144</sup>

Je mehr die westdeutsche Wirtschaft durch französischen und sowjetischen Reparationen schwächte, desto größer wurde die Last der beiden angelsächsischen Mächte zu tragen hatten.<sup>145</sup> Um die ökonomische Bilanz der britischen und amerikanischen Zone auszugleichen, die deutsch-alliierte Solidarität zu stärken und die Bolschewisierung Gesamtdeutschlands zu dämmen, wurden auf der Londoner Sechsmächtekonferenz nach diplomatischen Formeln gesucht.<sup>146</sup> Vom Februar (23.02-6.3.1948) bis Juni (20.4.-2.6.1948) trafen sich die Delegation USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg. Das Ziel war der Wiederaufbau in West- und Mitteleuropa.<sup>147</sup> Um den Nachbarn eines künftigen deutschen Staates erträglich zu machen, war vor allem die Zustimmung Frankreichs erforderlich. Das bedeutete, die französischen Wünsche nach einem extrem föderalistischen deutschen Staatsbund zugunsten einer handlungsfähigen deutschen Staatsgewalt zurückzudrängen.<sup>148</sup> In diesem Sinne sollte Westdeutschland, das aus drei westlichen Besatzungszonen besteht, in die westeuropäische Staatengemeinschaft integriert werden.<sup>149</sup> Daher sollten die westlichen Zonen in einen neuen Staat organisiert und bis Ende 1948 eine verfassunggebende Versammlung einberufen werden.<sup>150</sup> Dieses Programm, das auch die politische Grundlage der von den Militärgouverneuren verabschiedeten „Frankfurter Dokumente“ bildete, bedeutete gleichsam das Ende der gemeinsamen alliierten Besatzung Deutschlands, also den Bruch zwischen Ost- und West.

In Moskau rief die Londoner Konferenz heftigen Protest hervor. Der Sowjetunion wurde klar, dass die Westmächte ihre Herrschaft westlich des

---

<sup>143</sup> Manfred Knapp, „Die Anfänge westdeutscher Außenwirtschafts- und Außenpolitik im Bizonalen vereinigten Wirtschaftsgebiet (1947-1949)“, Manfred Knapp (Hg.), *Von der Bizonen-Gründung zur ökonomisch politischen Westintegration (ss. 13-94)*, Frankfurt am Main 1984, S. 53ff.

<sup>144</sup> Vgl. Pierenkemper, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 112.

<sup>145</sup> Vgl. Allemann, *Bonn ist nicht Weimar*, S. 48f.

<sup>146</sup> Vgl. Allemann, *Bonn ist nicht Weimar*, S. 60.

<sup>147</sup> Manfred Lukaschewski, *Persönlichkeiten, Ereignisse, Zusammenhänge der Geschichte*, epubli Verlag, Berlin 2013, S. 624.

<sup>148</sup> Wolfgang Benz, „Kurt Schumachers Europakonzeption“, in: Ludolf Herbst, Werner Bühner, Hanno Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt (ss. 47-63)*, De Gruyter Verlag, München 1990, S. 49.

<sup>149</sup> Vgl. Lak, *Eine Angelegenheit*, S. 69.

<sup>150</sup> Stefan Oeter, *Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht*, Mohr Siebek, Tübingen 1998, S. 99.

Eisernen Vorhangs konsolidieren wollten. Darum verließen die Sowjets am 20. März 1948<sup>151</sup> demonstrativ den Kontrollrat in Berlin und versuchten später durch verschiedene Maßnahmen (Sperrung der Brücken und Zufahrtswege, Stangulierung des Verkehrs) diese Beschlüsse zu verhindern oder sie rückgängig zu machen.<sup>152</sup> Am 16. April 1948<sup>153</sup> saßen die drei Westzonen, vertreten durch die jeweiligen Militärgouverneure, am Tisch, was den Aufbau und die Integration Westdeutschlands beschleunigte.<sup>154</sup> Schließlich übergaben sie in Frankfurt am Main die von der Londoner Sechsmächte Konferenz verabschiedeten Dokumente (Frankfurter Dokumente).<sup>155</sup> Dokument Nr. I. beauftragte die Ministerpräsidenten „eine Verfassungsgebende Versammlung“ einzuberufen. Dokument Nr. II. ersuchte die Ministerpräsidenten, „die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen“ und nach Bedarf Änderungen vorzuschlagen. Dokument Nr. III. entwickelte die „Grundzüge des Besatzungsstatus“.<sup>156</sup> Das neue Besatzungsstatut bedeutete nicht Selbstständigkeit und Eigenständigkeit der Verwaltung und Rechtsprechung, sondern die Gewährung der solchigen Befugnisse unter der Genehmigung der Militärgouverneure. Deswegen wurde es von machen deutschen Politikern als „Rückschritt“, „bitteres Dokument der Niederlage, dass Erinnerung an Versailles wecke“ und „Verweigerung des Zustandes der bedingungslosen Kapitulation“ bewertet.<sup>157</sup>

### 3. Staatsgründung

Das Hauptziel nach dem katastrophalen Krieg, der Millionen Opfer gefordert und Städte, Landstriche und Nationen in Europa und auf dem Balkan

---

<sup>151</sup> Zur sowjetischen Erklärung der Vertagung der Sitzung vom 20. März 1948 siehe: <http://www.verfassungen.de/de/de45-49/kr-vertagung48.htm>

<sup>152</sup> Daniel Gossel, *Briten, Deutsche und Europa: Die deutsche Frage in der britischen Außenpolitik 1945-1962*, Steiner Verlag, Stuttgart 1999, S. 43.; Rolf Sterniger, *Deutsche Geschichte 1945-1961: Darstellung und Dokumente in Zwei Bänden*, B. II, Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1983, S. 284f.

<sup>153</sup> Für ausführliche Informationen zu diesem Abkommen über die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) siehe in Hans Reif, *Europäische Integration*, Springer Verlag, Wiesbaden 1962, S. 220-224.

<sup>154</sup> Vgl. Gossel, *Briten, Deutsche und Europa*, S. 42f.

<sup>155</sup> Detaillierte Darstellung des Treffens siehe in Christoph Weisz, *Akten zur Vorgeschichte des Bundesrepublik Deutschland 1945-1949: Januar - Dezember*, Oldenbourg Verlag, München 1989, S. 502ff.

<sup>156</sup> Heiderose Kilper, „Verfassungsrechtliche Grundlagen und institutionelle Funktionsweise des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Heiderose Kilper, Roland Lhotta (Hg.), *Föderalismus in der Bundesrepublik: Eine Einführung (ss. 77-142)*, Leske + Budrich Verlag, Opladen 1996, S. 80f.

<sup>157</sup> Für ausführliche Informationen über die Frankfurter Dokumente siehe in Johannes Volker Wagner, *Der Parlamentarische Rat 1948-1949 Bd. I*, Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1975, S. 33.

verwüstet hatte, war der Wiederaufbau. Viel umfassender als 1918 musste eine neue Welt, mussten neue Sinngelüste an der Stelle der alten aufgebaut werden.<sup>158</sup> Die Alliierten waren vor die Aufgabe gestellt, sowohl die innere Ordnung als auch die Wiedereingliederung des künftigen Staates in die Gemeinschaft der Völker so zu gestalten, dass von ihm aus keine Gefährdung der internationalen Ordnung ausgehen konnte. Angesichts der bald zutage tretenden Spannungen zwischen den neuen Vormächten der Weltpolitik<sup>159</sup> wurde die *Deutsche Frage* zu einem zentralen und dauerhaften Konfliktgegenstand<sup>160</sup> der Nachkriegszeit.<sup>161</sup> Daher wurde der Wiederaufbau Deutschlands zur Kardinalfrage Europas nicht nur im geopolitischen Rahmen des deutschen Territoriums, sondern sogar auch innerhalb des Rahmens der internationalen Politik.<sup>162</sup>

Obwohl die Frage der Zukunft Deutschlands seit 1941 auf alliierten Konferenzen diskutiert wurde, konnten sich die Alliierten nicht jedoch nicht auf ein langfristiges gemeinsames Programm einigen.<sup>163</sup> Mit der zweiten Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde der Alliierte Kontrollrat eingerichtet, der „Entscheidungen zu allen Fragen, die Deutschland insgesamt betreffen“, treffen sollte. Infolgedessen mussten Entscheidungen einstimmig getroffen werden.<sup>164</sup> Deutschland wurde in vier Zonen geteilt; in amerikanische, britische, sowjetische und französische (entsprechend Berlin in vier Zonen). Jeder von ihnen war für seine eigene Besatzungszone verantwortlich. Unter den Vier-Mächte-Kontrollrat kam es zu Konflikten, weil die Sowjetunion auf Demontagen und Reparationslieferungen aus der westlichen Besatzungszone bestand, in ihrer Besatzungszone eine strenge Enteignungspolitik verfolgte und ein sozialistisches Wirtschaftssystem vorantrieb.<sup>165</sup>

Am 30. Juli 1945 nahm der Kontrollrat<sup>166</sup> für Deutschland in Berlin seine Arbeit auf, die in verschiedenen Fachressorts 175 Ausschüsse unter anderem

<sup>158</sup> Vgl. Wolfrum, *Geschichte als Waffe*, S. 59.

<sup>159</sup> Bei dieser Auseinandersetzung sollte es um die Rigorosität aus dem gegensätzlichen ideologischen Anspruch auf die Gestaltung von „Freiheit“ und „Demokratie“ gehen.

<sup>160</sup> Vgl. Loth, *Die deutsche Frage*, S. 14ff.

<sup>161</sup> Vgl. Doering-Manteuffel, *Die Bundesrepublik*, S. 7.

<sup>162</sup> Vgl. Allemann, *Bonn ist nicht Weimar*, S. 42.

<sup>163</sup> Vgl. Marienfeld, *Konferenzen über Deutschland*, S. 52f.

<sup>164</sup> Ernst Dauerlein, *Die Einheit Deutschlands. Ihre Erörterung und Behandlung auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941-1949*, Alfred Metzner Verlag, Berlin 1957, S. 245f.

<sup>165</sup> Vgl. Rudzio, *Das politische System*, S. 14.

<sup>166</sup> Der Kontrollrat war das oberste Regierungs-, Kontroll-, Koordinations-, und Verwaltungsorgan der Besatzungsmächte. Den Kontrollrat bildeten also General Eisenhower (USA), Feldmarschall Bernard L Montgomery (Großbritannien), General Pierre Koenig und Marschall Georgi K. Schukow (UdSSR). Auch die politischen Berater der Oberbefehlshaber



mit Fragen der Politik, der Wirtschaft, des Verkehrs, der Reparationen, des Militärs und der Kriegsgefangenen beschäftigte. Ihre Proklamationen, Gesetze<sup>167</sup> und Verordnungen wurden im Amtsblatt des Kontrollrats auf Englisch, Französisch, Russisch und Deutsch veröffentlicht.<sup>168</sup> Der Kontrollrat besaß eine völkerrechtliche Doppelstellung, aus einerseits „der deutschen Regierung“ und andererseits „alliiertische Regierung“ in Deutschland.<sup>169</sup> Er stieß auf Kritik der Kompetenzmangel<sup>170</sup> und als mitschuldig zu sein bei der Verhinderung der deutschen Einheit.<sup>171</sup> Die Briten und die Amerikaner hatten ein prinzipiell human orientiertes Verhalten gegenüber den Deutschen. Diese Art der Besatzung war erforderlich für die Akzeptanz der demokratischen Staats- und Gesellschaftsorganisation der Bevölkerung. Im Gegensatz zum Westen waren die Menschen im Osten mit einer feindlichen Haltung konfrontiert.<sup>172</sup>

Aufgrund der schwierigen Situation im Nachkriegsdeutschland, der politischen Labilität in Europa und der sowjetische Herausforderungen waren die Westmächte gezwungen die westlichen Besatzungszonen politisch und wirtschaftlich zu konsolidieren. Die Londoner Sechsmächte Konferenz ebnete den Weg zur Gründung der Bizone<sup>173</sup> am 01. Januar 1947.<sup>174</sup> Die Uneinigkeiten unter den Alliierten wurden mit der Zeit noch stärker. Als der sowjetische Marshall Sokolowski am 20. März 1948 die Sitzung verließ, ohne

---

zum Kontrollrat Robert Murphy (USA), Sir William Strang (Großbritannien). Später setzte sich der Koordinierungsausschuss aus den Militärgouverneuren zusammen und bestand aus Lucius D. Clay (USA), Wassili Sokolowski (UdSSR), Brian H. Robertson (Großbritannien) und Louis Koeltz (Frankreich). Vgl. Vogel, *Akten zur Vorgeschichte*, S. 16.

<sup>167</sup> Der Kontrollrat verkündete insgesamt 62 Gesetze in Bezug auf Aufhebung des nationalsozialistischen Rechts, Auflösung und Liquidierung der NS-Organisation, Grenzziehungen, Vertreibungen, Umsiedlungen, wirtschaftliche Entmilitarisierung, Wohnungsgesetz, Reparationen, Demilitarisierung, Ehe u.a. Vgl. Mathias Etzel, *Die Aufhebung von Nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948)*, J. C. Mohr Verlag, Tübingen 1992, S. 80f.

<sup>168</sup> Vgl. Echterkamp, *Die Bundesrepublik Deutschland*, S. 49-50.

<sup>169</sup> Für eine ausführliche Zusammenfassung des Potsdamer Abkommens siehe in Fritz Faust, *Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung*, (4. Aufl.), Alfred Metzner Verlag, Berlin 1969, S. 97-108.

<sup>170</sup> Theodor Eschenburg, *Jahre der Besatzung 1945-1949*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1983, S. 26.

<sup>171</sup> Vgl. Gimbel, *Amerikanische Besatzungspolitik*, S. 33f.

<sup>172</sup> Klaus Dietmar Henke, „Kriegsende West-Kriegsende Ost. Zur politischen Auswirkungen kollektiver Schlüsselerfahrungen 1944/45“, Hartmut Mehringer, Michael Schwartz, Hermann Wentker (Hg.), *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945/46) (13-19)*, Oldenbourg Verlag, München 1998, S. 15f.

<sup>173</sup> Vgl. Prollius, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 17.

<sup>174</sup> Andreas Wirsching, *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, (2. Aufl.), C. H. Beck, München 2005, S. 90.

eine neue Zusammenkunft anzuberaumen, war der Kontrollrat gescheitert. Dieses Auseinanderbrechen legitimierte die Teilung Deutschlands.<sup>175</sup> Die westlichen Militärgouverneure übergaben am 1. Juli 1948 die sogenannten „Frankfurter Dokumente“ an die westdeutschen Landespräsidenten und forderten die Ausarbeitung einer Verfassung auf, mit allgemein gehaltenen Aufgaben. Aber die neue Bundesrepublik hatte einen provisorischen Charakter und basierte auf ein „Grundgesetz“.<sup>176</sup> Die Militärgouverneure weisen die Ministerpräsidenten darauf hin, dass alles vermieden werden müsse, „was dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates verliehen würde.“<sup>177</sup> Die Ministerpräsidenten beauftragten einen sogenannten „Parlamentarischen Rat“, bestehend aus 65 Mitglieder der Länderparlamente sowie 5 nicht stimmberechtigte Abgeordnete aus West-Berlin. Der Parlamentarischer Rat setzte sich am 1. September 1948 zusammen. Nach langen Beratungen, vor allem über die Vorschläge der Militärgouverneure sowie die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, schloss der Parlamentarischer Rat am 23. Mai 1949 die Auslieferung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ab.<sup>178</sup> Von den 65 Abgeordneten stimmten 12 gegen das Grundgesetz. Abgelehnt wurde das Grundgesetz von KPD, OP und Zentrum. 6 der 8 bayrischen Abgeordneten stimmten mit „NEIN“. Am 12. Mai 1949 gaben die Militärgouverneure dem Grundgesetz ihre Zustimmung, wobei sie über den Status von Berlin Vorbehalte erhoben und verkündeten, dass das Grundgesetz<sup>179</sup> mit der Bildung der Bundesrepublik in Kraft treten sollte.<sup>180</sup> Es ist von großer Bedeutung, dass die etablierten Parteien, trotz der erheblichen Differenzen in ihren Forderungen, die gemeinsame politische Verantwortung für die Verfassungsordnung übernahmen.<sup>181</sup>

Als Präsident des Parlamentarischen Rates verkündete Konrad Adenauer am 23. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Laut

---

<sup>175</sup> Gunter Mai, *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948*, De Gruyter Verlag, Oldenbourg 1995, S. 1.

<sup>176</sup> Dies war keine Verfassung, die von einer direkt gewählten Nationalversammlung ausgearbeitet wurde, sondern ein Grundgesetz, das von einem parlamentarischen Rat verabschiedet wurde, der sich aus Vertretern der Landtage (CDU / CSU und SPD 27, FDP 5, KPD, Zentrum und DP mit jeweils 2 Sitzen, Vorsitz: Dr. Konrad Adenauer/CDU) zusammensetzte. Vgl. Rudzio, *Das politische System*, S. 44.

<sup>177</sup> Vgl. März, *Dokumente zu Deutschland*, S. 91.

<sup>178</sup> Hans-Peter Mensing, *Adenauer. Briefe 1947-1949*, Siedler Verlag, Berlin 1984, S. 82.

<sup>179</sup> Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 23. Mai 1949: [http://www.1000dokumente.de/index.html/index.html?c=dokument\\_de&dokument=0014\\_gru&object=context&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html/index.html?c=dokument_de&dokument=0014_gru&object=context&l=de)

<sup>180</sup> Vgl. Uhl, *Die Teilung Deutschlands*, S. 184.

<sup>181</sup> Vgl. Doering-Manteuffel, *Die Bundesrepublik*, S. 24.

Grundgesetz (Artikel 20, 1) war nun die BRD „ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Am 7. Oktober 1949 wurde in der sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik (DDR) als zweiter deutscher Staat gegründet und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) übernahm die Macht. Am 14. August 1949 wählten die Deutschen den ersten Bundestag in allgemeiner und freier Wahl. Theodor Heuss (FDP) wurde der erste Bundespräsident und Konrad Adenauer (CDU) der erste deutsche Bundeskanzler. Adenauer, der eine pragmatische Regierungserklärung abgab, betonte, dass er die soziale Marktwirtschaft fortsetzen werde, um die vollständige Integration und Souveränität Deutschlands zu erreichen.<sup>182</sup> Sein Vertrauter Herbert Blankenhorn sagte über die Erklärung später: „Es war die Rede eines Mannes, der in nüchternen Worten die Probleme und Aufgaben aneinander reihte, vor der sich die soeben konstituierte Bundesregierung gestellt sah.“<sup>183</sup>

### **Zusammenfassung**

Die Ereignisse zwischen 1945 und 1949 haben eine historische Bedeutung für die Gründung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Diese Zeitspanne ist geprägt von der Katastrophe des Weltkrieges, der Auslöschung von Millionen, der Zerstörung von Städten und Regionen, der Niederlage des vorangegangenen faschistischen Regimes sowie der Befreiung und des Neubeginns. In dieser Zeitspanne wurden die Grundsteine für den deutschen Staat und die deutsche Politik gelegt. Die Hybris des deutschen Nationalismus hinterließ eine erschreckende Bilanz. Für die Deutschen bedeutete dies ein Neuanfang „Stunde Null“. Die vordringlichste Aufgabe für die unter Hunger und Kälte leidenden Menschen in den ausgebombten Siedlungen war die Bewältigung des Alltags. Die vordringlichste Aufgabe für die Politik aber waren die Bedingungen und Möglichkeiten einer staatlichen Fortbestand Deutschlands.

Der Erfolg der Demokratie beruhte bei den Nachkriegsdeutschen stets auch auf ihrer Fähigkeit, für wirtschaftlichen Wohlstand zu sorgen. Die Erfahrung der Weimarer Republik hatte gezeigt, welche Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung für die politische Stabilität Deutschlands zukam. Nur wenn die Produktion bald wieder anlief, konnte die deutsche Bevölkerung sich selbst versorgen und die Reparationsleistungen vollbringen. Deshalb versuchten die Westmächte, das Wirtschaftsleben in den besetzten Gebieten so schnell wie

---

<sup>182</sup> Franz Alt, *Der Prozeß der ersten Regierungsbildung unter Konrad Adenauer*, Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hg.), Bonn 1970, S. 147.

<sup>183</sup> Herbert Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung, Blätter eines politischen Tagebuches 1949 bis 1979*, Propyläen-Verlag, Frankfurt am Main 1980, S. 61.

möglich wieder in Gang zu bringen. Aber die deutsche Wirtschaft lag nach Kriegsende fast völlig darnieder, die Industrieproduktion betrug in der zweiten Jahreshälfte 1945 nur noch etwa 20 Prozent des Standes von 1936. Ursachen der Misere waren vor allem Zerstörungen und Mängel im Transportsystems sowie die politische Behinderung der Ostgebiete und der Abschottung der Besatzungszonen. Die unmittelbaren Kriegsschäden an Fabriken und Maschinen spielten dagegen nur eine untergeordnete Rolle.<sup>184</sup> Die Verschmelzung der amerikanischen und britischen Zonen war deshalb ein erster wichtiger Schritt, um aus der schweren ökonomischen Krise herauszukommen, die sich dramatisch zuspitzte und dazu kam auch ein immer größer werdender Mangel an Lebensmitteln, was vielfach zu Hunger, Krankheit und Tod führte. Der Kern des Bizonen-Abkommens, das am 2. Dezember 1946 in Washington unterzeichnet worden war, war die Einsetzung deutscher Verwaltungsbehörden unter Verantwortung der amerikanischen und britischen Militärregierung. Als ein epochales Ereignis<sup>185</sup> sorgte die Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen für den wirtschaftlichen Aufstieg und war eine unausweichliche Voraussetzung, um den zu gründenden Weststaat möglichst rasch und wirkungsvoll in das durch den amerikanischen Marshall-Plan geprägte westeuropäische Wirtschaftssystem zu integrieren.<sup>186</sup> Für die Beschäftigten lohnte es sich wieder zu arbeiten, die Läden waren über Nacht gefüllt und die Preise konnten wieder ihre Steuerungsfunktion einnehmen. Weil für viele Bürger der Beginn der wirtschaftlichen Erholungsphase im westlichen Nachkriegsdeutschland mit der Währungsreform verbunden war, wurde sie zum Mythos und die Deutsche Mark (DM) zum Symbol des Wirtschaftswunders. Neben der Währungsreform stellte der Marshall-Plan so etwas wie eine Garantie dafür dar, dass sich der Wiederaufbau aus unternehmerischer Sicht lohnte. Die institutionellen Veränderungen der Wirtschafts- und Währungsreform definierten die ökonomischen Konsequenzen wirtschaftlichen Handelns neu. Jenseits der *Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit* (OEEC), die im Zuge des Marshall-Plans ins Leben gerufen wurde, war für Europa die *Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS) von Bedeutung.

Dass die Bundesrepublik Deutschland innerhalb weniger Jahre zu einem weitgehend gleichberechtigten Partner im westlichen Bündnis avancierte, war

---

<sup>184</sup> Manfred Görtemaker, *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, C.H. Beck Verlag, München 2002, S. 55.

<sup>185</sup> Vgl. Noack, *Die Geteilte Heimat*, S. 96.

<sup>186</sup> Stefan Kreuzberger, *Westintegration und Neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik*, Bebra Verlag, Berlin/Brandenburg 2009, S. 25.

vor allem der Erfolg ihres ersten Bundeskanzlers.<sup>187</sup> Die Verbindung von funktionstüchtiger parlamentarischer Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft verkörperte in hohem Maße Adenauer. Von allen deutschen Politikern hatte er die richtigen Konsequenzen gezogen und frühzeitig erkannt, dass die Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands unter dem Primat der Westbindung wiederhergestellt werden kann.<sup>188</sup> Er forderte Deutschland auf, sich mit dem Westen zu verständigen. Durch die Integration der drei Westzonen könnte ein stabiles Friedensabkommen hergestellt und auf Dauer die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht werden.<sup>189</sup> Seine Politik integrierte die verschiedenen Gruppen, die durch Krieg und Kriegsfolgen benachteiligt waren. Dadurch wurden Spannungen zwischen Vertriebenen und eingewandelter Bevölkerung vermindert, die Erreichbarkeit von Wohnraum einigermaßen gelenkt. Adenauers Integrationspolitik überbrückte nicht nur außenpolitische Interessen oder konfessionelle Gegensätze, sondern auch weltanschauliche Zerklüftungen zwischen Tätern, Opfern und Mitläufern des Nationalsozialismus. Adenauer war der Meinung, dass *der Krieg und die Wirren der Nachkriegszeit für viele so harte Prüfungen und Versuchungen gebracht hätten und man für manche Verfehlungen und Vergehen Verständnis aufbringen müsse*.<sup>190</sup> Obwohl manche der wirtschaftlichen Erfolge nicht direkt mit den Aktivitäten der Politik der Adenauer- Ära verbunden waren,<sup>191</sup> waren die meisten Westdeutschen Adenauer sehr dankbar, dass es wieder aufwärts ging und die Zeit der sozioökonomischen Krisen vorbei war. In diesem Zusammenhang profitierten sowohl Adenauer als auch die CDU über Jahrzehnte von diesem Kapital, nämlich dem wirtschaftlichen Wohlstand und dem Sicherheitsumfeld der Bundesrepublik Deutschland.<sup>192</sup> Die zunehmende Anerkennung und Integration im Westen war auch der Grund für das Fehlen einer Radikalisierung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Erfahrung, dass

---

<sup>187</sup> Vgl. Wirsching, *Deutsche Geschichte*, S. 91f.

<sup>188</sup> Gottfried Niedhart, „Konrad Adenauer und die außenpolitischen Anfänge der Bundesrepublik Deutschland im Lichte neuer Quellen“, *Neue Politische Literatur*, Stuttgart 1986, S.165f.

<sup>189</sup> Rudolf Lill, „Die Europapolitik der CDU/CSU und die ersten großen Schritte zu deren Verwirklichung“, Hans Zehetmair (Hg.), *Politik aus christlicher Verantwortung (ss. 125-138)*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 129.

<sup>190</sup> Erste Regierungserklärung von Bundeskanzler Adenauer am 20. September, 1949 <https://www.kas.de/tr/einzeltitel/-/content/erste-regierungserklaerung-von-bundeskanzler-adenauer>

<sup>191</sup> Klaus von Beyme, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, (11. Aufl.), VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, S. 458f.

<sup>192</sup> Franz Walter, „Zerbröselnde Erfolgsgeschichte. Eine parteihistorische Einleitung“, Michael Schlieben (Hg.), *Politische Führung in der Opposition. Die CDU nach dem Machtverlust 1998 (ss. 9-36)*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 21f.

Demokratie und Wohlstand miteinander verbunden waren, hat die Einwurzelung der neuen politischen Ordnung in Westdeutschland stark begünstigt und sozialen oder politischen Protest marginalisiert. Trotz Adenauers monokratischem und autoritärem Führungsstil hätte Deutschland ohne seine Führungsleistung keine Anerkennung und breite Akzeptanz erreichen können. Dass die Bundesrepublik Deutschland vierzehn Jahre lang von einem starken Kanzler regiert wurde, hat ihr nicht geschadet, sondern geholfen.<sup>193</sup>

### Literatur

- Abelshauer, W., *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, C.H. Beck Verlag, München 2004.
- Abelshauer, W., *Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, DVA Verlag, Stuttgart 1975.
- Abelshauer, W., *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Shurkamp Verlag, Frankfurt am Main 1983.
- Adenauer, K., *Erinnerungen 1945-1953*, (4. Aufl.), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1980.
- Allemann, F. R., *Bonn ist nicht Weimar*, Kiepenhauer & Witsch, Köln/Berlin 1956.
- Alt, F., *Der Prozeß der ersten Regierungsbildung unter Konrad Adenauer*, Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (Hg.), Bonn 1970.
- Barnbrock, C., Werner Klän, *Gotteswort in der Zeit: verstehen -verkündigen - verbreiten*, LIT Verlag, Münster 2005.
- Benz, W., „Kurt Schumachers Europakonzeption“, in: Ludolf Herbst, Werner Bühner, Hanno Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt (ss. 47-63)*, De Gruyter Verlag, München 1990.
- Benz, W., *Die 101 wichtigsten Fragen*, (2. Aufl.), C. H. Beck, München 2008.
- Benz, W., *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neubeginn im Vier-Zonen-Deutschland*, dtv Verlag, München 2012.
- Berghoff, H., Vogel, J. (Hg.) *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte: Dimensionen eines Perspektivwechsels*, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2004.
- Beyme, K., *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, (11. Aufl.), VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010.

---

<sup>193</sup> Marie- Luise Recker, *Konrad Adenauer. Leben und Politik*, München 2010, C.H.Beck, S. 62.

- Bittner, T., *Das Westeuropäische Wirtschaftswachstum*, LIT Verlag, Münster 2001.
- Blankenhorn, H., *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuches 1949 bis 1979*, Propyläen-Verlag, Frankfurt am Main 1980.
- Broszat, M., Henke, K.-D., Woller, H., *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, Oldenbourg Verlag, München 1990.
- Buchheim, C. „Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland“, *Institut für Zeitgeschichte*, 36(2), Berlin 1988, 189-231.
- Buchheim, C., „Die Einrichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland“, Deutsche Bundesbank (Hg.), *Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948 (ss. 91-138)*, C. H. Beck Verlag, München 1998.
- Bundesminister des Innern (Hg.), *Dokumente zur Deutschlandspolitik II/1*, De Gruyter Verlag, Oldenbourg 1992.
- Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge, und Kriegsgeschädigte (Hg.), *Dokumente deutscher Kriegsschäden. Evakuierte. Kriegssachgeschädigte. Währungsgeschädigte Bd. II*, Gräfe und Unzer Verlag, Bonn 1958.
- Bußmann, W., Günter Grüntmühl (Hg.), *Siegfried A. Kaehler. Briefe 1900-1963*, Boldt Verlag, Boppard 1993.
- Castell, A., „Die demographischen Konsequenzen des Ersten und Zweiten Weltkriegs für das Deutsche Reich, Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland“, Waclaw Dlugoborski (Hg.), *Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel (ss. 117-138)*, Vandenhoeck&Ruprecht, Göttingen 1981.
- Creuzberger, S., *Westintegration und Neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik*, Bebra Verlag, Berlin/Brandenburg 2009.
- Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 23. Mai 1949: [http://www.1000dokumente.de/index.html/index.html?c=dokument\\_de&dokument=0014\\_gru&object=context&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html/index.html?c=dokument_de&dokument=0014_gru&object=context&l=de) (abgerufen am 29.01.2023)
- Dauerlein, E., *Die Einheit Deutschlands. Ihre Erörterung und Behandlung auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941-1949*, Alfred Metzner Verlag, Berlin 1957.
- Doering-Manteuffel, A., *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949-1963*, Wissenschaftliche Buchgesell., Darmstadt 1983.
- Eidam, E., *Die Arbeit gegen den Hunger. Ernährungskultur und weibliche Lebenszusammenhänge in einer hessischen Landgemeinde während der Kriegs- und Nachkriegszeit*, LIT Verlag, Münster 2004.

- Erhard, L., *Deutsche Wirtschaftspolitik - Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*, Econ Verlag, Düsseldorf 1962.
- Erker, P., „Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit“, Manfred Gallus, Heinrich Volkmann (Hg.), *Der Kampf um das tägliche Brot (ss. 392-408)*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 1994.
- Erker, P., *Ernährungskrise und Nachkriegsdeutschland*, Clett-Cotta Verlag, Stuttgart 1990.
- Erste Regierungserklärung von Bundeskanzler Adenauer am 20. September, 1949: <https://www.kas.de/tr/einzelitel/-/content/erste-regierungserklaerung-von-bundeskanzler-adenauer> (abgerufen am 29.01.2023)
- Eschenburg, T., *Jahre der Besatzung 1945-1949*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1983.
- Etzel, M., *Die Aufhebung von Nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948)*, J. C. Mohr Verlag, Tübingen 1992.
- Faust, F., *Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung*, (4. Aufl.), Alfred Metzner Verlag, Berlin 1969.
- Felbick, D., *Schlagwörter der Nachkriegszeit 1945-1949*, De Gruyter Verlag, Berlin 2003.
- Frevert, U., *Frauen-Geschichte: Zwischen Bürgerliche Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*, Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main 1986.
- Gimbel, J., *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1971.
- Gossel, D., *Briten, Deutsche und Europa: Die deutsche Frage in der britischen Außenpolitik 1945-1962*, Steiner Verlag, Stuttgart 1999.
- Görtemaker, M., (Hg.), *Das Ende des Ost-West-Konflikts*, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1990.
- Görtemaker, M., *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, C.H. Beck Verlag, München 2002.
- Gries, R., *Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1991.
- Grüner, S., *Geplantes Wirtschaftswunder? Industrie und Strukturpolitik in Bayern 1945 bis 1973*, Oldenbourg Verlag, München 2009.
- Habbe, C., „Der zweite lange Marsch“, Stefan Aust, Stephan Burgdorff (Hg.), *Die Flucht: Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten (ss. 225-236)*, DVA Verlag, Stuttgart/München 2002.



- Hanrieder, W. F., *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989*, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1989.
- Hans, M., *Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948*, List-Gesellschaft, Tübingen 1961.
- Hansmeyer, K.-H., Caesar, R., „Kriegswirtschaft und Inflation (1936-1948)“, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, Knapp Verlag, Frankfurt 1976.
- Henke, K.D., „Kriegsende West-Kriegsende Ost. Zur politischen Auswirkungen kollektiver Schlüsselerfahrungen 1944/45“, Hartmut Mehringer, Michael Schwartz, Hermann Wentker (Hg.), *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945/46)* (ss. 13-19), Oldenbourg Verlag, München 1998.
- Henke, K.D., *Die amerikanische Besatzung*, (2. Aufl.), Oldenbourg Verlag, München 1996.
- Hoerder, D., *Geschichte der Deutschen Migration: Vom Mittelalter bis Heute*, C. H. Beck Verlag, München 2010.
- Jakobeit, S., *Die Grundbedürfnisse Ernährung und Kleidung im Alltag des deutschen Volkes*, Humboldt Univ., Berlin 1990.
- Kaelble, H., „Boom und gesellschaftlicher Wandel 1948-1973: Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich“, in: *Der Boom 1948-1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa (219-247)*, Westdeutscher Verlag, Opladen 1992.
- Karasek, H., „Sehnsucht nach dem Happy End“, *Der Spiegel*, 3, 2006, ss. 72-80: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45424878.html> (abgerufen am 29.01.2023)
- Kilper, H., „Verfassungsrechtliche Grundlagen und institutionelle Funktionsweise des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Heiderose Kilper, Roland Lhotta (Hg.), *Föderalismus in der Bundesrepublik: Eine Einführung* (ss. 77-142), Leske + Budrich Verlag, Opladen 1996.
- Kleinheinz, G., Lampert, H., „Der Wiederbeginn freiheitlicher Sozialpolitik nach dem Kriege“, in: Karl Hohmann & Horst Friedrich Wünsche, *Grundtexte zur sozialen Marktwirtschaft, II. Band, (159-173)*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York 1988.
- Kleßmann, C., *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*, (5. Aufl.), Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 1991.
- Klönne, A., „Die unmittelbaren Nachkriegsjahre (1945-1949)“, in: Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945* (ss.39-51), Campus Verlag, Frankfurt am Main 2008.

- Knapp, K., „Die Anfänge westdeutscher Außenwirtschafts- und Außenpolitik im Bizonalen vereinigten Wirtschaftsgebiet (1947-1949)“, Manfred Knapp (Hg.), *Von der Bizonen-Gründung zur ökonomisch politischen Westintegration (ss. 13-94)*, Frankfurt am Main 1984.
- Lak, M., „Eine Angelegenheit von fundamentaler Bedeutung. Die Wechselwirkung der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland, 1945-1949“, in: Hein A.M. Klemann, Friso Wielenga (Hg.), *Deutschland und die Niederlande. Wirtschaftsbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert (ss. 45-85)*, Waxmann Verlag, Münster 2009.
- Lill, R., „Die Europapolitik der CDU/CSU und die ersten großen Schritte zu deren Verwirklichung“, Hans Zehetmair (Hg.), *Politik aus christlicher Verantwortung (ss. 125-138)*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007
- Loth, W., „Die deutsche Frage als europäisches Problem“, in: Dieter Tiemann (Hg.), *Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert als west- und osteuropäisches Problem (ss. 1-20)*, Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1994.
- Lukaschewski, M., *Persönlichkeiten, Ereignisse, Zusammenhänge der Geschichte*, epubli Verlag, Berlin 2013.
- Mai, G., *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948*, De Gruyter Verlag, Oldenbourg 1995.
- Maier, H., „Die Union - eine Nova am Parteihimmel“, in: Hans Zehetmair (Hrsg.), *Politik aus christlicher Verantwortung (ss. 73-81)*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007.
- Marienfeld, W., *Konferenzen über Deutschland Bd. I*, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1963.
- März, P., *Dokumente zu Deutschland 1944-1994*, Olzog Verlag, München 2004.
- Mausbach, W., *Zwischen Morgentau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944-1947*, Droste Verlag, Düsseldorf 1996.
- Mehlhase, T., *Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt. Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft*, LIT Verlag, Münster 1999.
- Mehring, H., Michael Schwartz, Hermann Wentker (Hg.), *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945/46)*, Oldenbourg Verlag, München 1998.
- Mensing, H.-P., *Adenauer. Briefe 1947-1949*, Siedler Verlag, Berlin 1984.
- Naimark, N. M., *The Russians in Germany: A History of the Soviet Zone of Occupation 1945-1949*, Belknap Press, Cambridge/London 1995.

- Niedhart, G., "Konrad Adenauer und die außenpolitischen Anfänge der Bundesrepublik Deutschland im Lichte neuer Quellen", *Neue Politische Literatur*, 3, 1986, ss. 165-174.
- Noack, H.-J. "Die Geteilte Heimat. Das Wunder der Integration von rund zehn Millionen Vertriebenen", Georg Bönisch, Klaus Wiegrefe (Hg.), *Die 50er Jahre. Vom Trümmerland zum Wirtschaftswunder (ss. 91-104)*, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2006.
- Oeter, S., *Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht*, Mohr Siebek, Tübingen 1998.
- Overmans, R., *Soldaten hinter Stacheldraht. Deutsche Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs*, Propyläen Verlag, München 2000.
- Pierenkemper, T., *Wirtschaftsgeschichte: Die Entstehung der modernen Volkswirtschaft*, Akademie Verlag, Berlin 2009.
- Plato, A., Almut Leh, *Ein unglaublicher Frühling. Erfahrungsgeschichte in Nachkriegsdeutschland 1945-1948*, (2. Aufl.), Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011.
- Pohl, H., *Wirtschaft, Unternehmen, Kreditwesen, soziale Probleme. Ausgewählte Aufsätze, B. I*, Franz Steiner Verlag, München 2005.
- Recker, M.- L., *Konrad Adenauer. Leben und Politik*, München 2010, C.H.Beck,
- Rede des Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, in der Aula der Universität zu Köln:  
<http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Reden/1946-03-24-Rede-Uni-Koeln.pdf>  
(abgerufen am 29.01.2023)
- Reif, H., *Europäische Integration*, Springer Verlag, Wiesbaden 1962.
- Roesler, J., *Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945-1990*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2006.
- Rudzio, W., *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, (6. Aufl.), Springer Fachmedien, Wiesbaden 2003.
- Sauer, P., *Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945-1952*, Vaas Verlag, Ulm 1978.
- Schlange Schöningen, H., *Im Schatten des Hungers: Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945-1949*, Parey Verlag, Berlin 1955.
- Schröter, H. G., „Von der Teilung zur Wiedervereinigung 1949-2004“, Michael North (Hg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick (ss. 356-427)*, H. C. Beck Verlag, München 2000.

- Schulze, W., *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München 1989.
- Schwarz, M., *Vertriebene und Umsiedlerpolitik. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegsgesellschaften und die Assimilationsstrategie in der ZBS/DDR 1945 bis 1961*, Oldenbourg Verlag, München 2004.
- Schwarzer, O., *Sozialistischer Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989)*, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1999.
- Schwengler, W., „Der doppelte Anspruch: Souveränität und Sicherheit zur Entwicklung des völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik Deutschlands 1949-1955“, Militärgeschichtlichen Forschungsamt (Hg.), *Anfänge der westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956 (ss. 187-514)*, Oldenbourg Verlag, München 1997.
- Seelschopp, H., *Das Flüchtlingsgesetz 8.10.1949. Möglichkeiten und Durchführung*, Agricola Verlag, Oldenburg 1951.
- Sterniger, R., *Deutsche Geschichte 1945-1961: Darstellung und Dokumente in Zwei Bänden*, B. II, Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1983.
- Stiepani, U., „Die Dachauer Prozesse und ihre Bedeutung im Rahmen der Alliierten Strafverfolgung von NS-Verbrechen“, Gerd R. Ueberschär (Hg.), *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die Alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten (ss. 227-239)*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1999.
- Taylor, T., *Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht*, Heyne Verlag, München 2001.
- Theile, M., „Aufbruch ins Gestern. Die Rückkehr der Frauen an den Herd“, Georg Bönsch & Klaus Wiegrefe (Hg.), *Die 50er Jahre. Vom Trümmerland zum Wirtschaftswunder (ss. 250-255)*, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2006.
- Trittel, G. J., *Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949)*, Campus Verlag, Frankfurt am Main 1990.
- Uhl, M., *Die Teilung Deutschlands. Niederlage, Ost-West-Spaltung und Wiederaufbau 1945-1949*, be.bra Verlag, Berlin- Brandenburg 2009.
- Vogel, W., *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949*, Oldenbourg Verlag, München 1981.
- Vogelsang, T., *Das Geteilte Deutschland*, (12. Aufl.), dtv Verlag, München 1983.
- Vollnhals, C., *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949*, (2. Aufl.), dtv Verlag, München 1991.
- Wagner, J. V., *Der Parlamentarische Rat 1948-1949 Bd. I*, Harald Boldt Verlag, Boppart am Rhein 1975.
- Weinke, A., *Die Nürnberger Prozesse*, C. H. Beck Verlag, München 2006.

- Weisz, C., *Akten zur Vorgeschichte des Bundesrepublik Deutschland 1945-1949: Januar - Dezember*, Oldenbourg Verlag, München 1989.
- Wille, M., *Entnazifizierung in der Besatzungszonen Deutschlands 1945-1948*, Block Verlag, Magdeburg 1993.
- Winkel, H., „Wirtschaftsgeschichte Deutschlands 1945-1965“, in: Willi Albers (Hg.), *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1982.
- Winkel, H., *Die Wirtschaft im geteilten Deutschland*, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1990.
- Winkler, H. A., *Der lange Weg nach Westen*, (2. Aufl.), C.H. Beck, München 2004.
- Wirsching, A., *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, (2. Aufl.), C. H. Beck, München 2005.
- Wolfrum, E., *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, (2. Aufl.), Vandenhoeck&Ruprecht, Göttingen 2002.
- Zank, W., „Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der SBZ-Besonderheiten und Parallelen im Vergleich zum westlichen Besatzungsgebiet 1945-1949“, *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 71/4, Stuttgart 1984, ss. 485-504.
- Zur sowjetischen Erklärung der Vertagung der Sitzung vom 20. März 1948 siehe: <http://www.verfassungen.de/de/de45-49/kr-vertagung48.htm> (abgerufen am 29.01.2023)

